
Vorsitz: Polen**ERWEITERTE SITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(1358. Plenarsitzung)**

1. Datum: Donnerstag, 24. Februar 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 16.00 Uhr
Schluss: 19.35 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński

Vorsitz, Russische Föderation (Anhang 1)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **DIE MILITÄRISCHE OPERATION DER
RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE
UKRAINE**

Vorsitz, Amtierender Vorsitzender (Anhang 2), Ukraine, Parlamentarische Versammlung der OSZE (PA.GAL/8/22 OSCE+), Generalsekretärin (SEC.GAL/35/22 OSCE+), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Island; sowie mit Georgien und der Ukraine) (Anhang 3), Frankreich (Anhang 4), Kanada (Anhang 5), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 6), Vereinigtes Königreich (Anhang 7), Österreich (Anhang 8), Deutschland (Anhang 9), Schweden (Anhang 10), Nordmazedonien (Anhang 11), Schweiz (Anhang 12), Spanien (Anhang 13), Dänemark (Anhang 14), Rumänien (Anhang 15), Luxemburg (Anhang 16), Estland (Anhang 17), Moldau (Anhang 18), Bosnien und Herzegowina, Georgien (Anhang 19), Island (Anhang 20), Tschechische Republik (Anhang 21), Finnland (Anhang 22), Albanien (Anhang 23), Belgien (Anhang 24), Montenegro (Anhang 25), Niederlande (Anhang 26), Andorra (Anhang 27), Norwegen (Anhang 28), Slowenien (Anhang 29), San Marino (Anhang 30), Litauen (Anhang 31), Monaco (Anhang 32), Lettland (Anhang 33), Heiliger Stuhl, Aserbaidschan

(Anhang 34), Malta (Anhang 35), Italien (Anhang 36), Portugal (Anhang 37), Bulgarien (Anhang 38), Zypern (Anhang 39), Slowakei (Anhang 40), Türkei (Anhang 41), Liechtenstein (Anhang 42), Griechenland (Anhang 43), Ungarn (Anhang 44), Kroatien (Anhang 45), Irland (Anhang 46)

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

Militärische Spezialoperation, um die Menschen vor dem Völkermord durch das Regime in Kyjiw zu bewahren: Russische Föderation (Anhang 47), Belarus (PC.DEL/293/22 OSCE+)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

wird noch bekanntgegeben

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 2

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

in den letzten Sitzungen des Ständigen Rates haben wir bereits ausführlich über verfahrenstechnische Aspekte der Vorbereitung der Tagesordnung des Ständigen Rates durch den Vorsitz gesprochen. Wir stellen fest, dass diese wesentlichen Fragen bei der Planung der heutigen Sitzung vom Vorsitz nicht berücksichtigt wurden. Eine solche Willkür ist inakzeptabel.

Wir sehen uns gezwungen, das Folgende zu wiederholen. Im Einklang mit Absatz IV.1(C)3 der Geschäftsordnung der OSZE sollte der Vorsitz die Tagesordnungsentwürfe für Sitzungen des Ständigen Rates vorbereiten und den Teilnehmerstaaten im Voraus übermitteln. Das sollte unter Berücksichtigung der von allen Teilnehmerstaaten geäußerten Standpunkte geschehen. Ich betone: von allen Teilnehmerstaaten. Die Nichteinhaltung dieser Regel ist gleichbedeutend mit der Aushöhlung der Grundlagen, die Voraussetzung für das Funktionieren unserer Organisation sind. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Geschäftsordnung der OSZE im Jahr 2006 von den Ministern der Teilnehmerstaaten angenommen wurde.

In Anbetracht der aktuellen Situation sieht sich die russische Delegation einmal mehr außerstande, den Wortlaut des ersten Punktes der Tagesordnung der heutigen Sitzung zu unterstützen – einer Tagesordnung, die nicht die gesamte Bandbreite der Standpunkte der Teilnehmerstaaten widerspiegelt. Wir werden eine Erklärung zu einem von uns unter dem Tagesordnungspunkt aktuelle Fragen eigens angekündigten Punkt abgeben.

Wir möchten unsere polnischen Kolleginnen und Kollegen erneut mit Nachdruck auffordern, sich strikt an den Beschluss des Ministerrats von Porto 2002 (Rolle des amtierenden Vorsitzes der OSZE) und den Beschluss Nr. 485 des Ständigen Rates (OSZE-Erklärungen und die Information der Öffentlichkeit) über die Rolle des OSZE-Vorsitzes zu halten.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen erweiterten Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN

Exzellenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist nicht nur ein Vorrecht, sondern sogar die Pflicht des von allen Teilnehmerstaaten bestellten OSZE-Vorsitzes, auf eine Sicherheitsherausforderung von solchem Ausmaß, wie wir sie derzeit erleben, unverzüglich zu reagieren.

Der 24. Februar wird als einer der dunkelsten Tage für Europa und die Welt in die Geschichte eingehen. Als ein Tag der Schande.

Russland hat beschlossen, die Ukraine – sein friedliches Nachbarland – anzugreifen.

Es gibt keine Worte, die stark genug sind, um diesen nicht hinnehmbaren Akt der Aggression, der eklatanten Verletzung des Völkerrechts und der völligen Missachtung der menschlichen Werte, die uns so teuer sind, zu verurteilen

Dies ist nicht nur ein Angriff gegen die Ukraine, sondern gegen die gesamte OSZE-Gemeinschaft.

Er richtet sich gegen die Grundfesten, auf denen die Sicherheit Europas ruht.

Ich verurteile auch die Beteiligung von Belarus an dieser Aggression gegen die Ukraine.

Meine Gedanken sind heute bei den Menschen in der Ukraine, unter ihnen die Familien aller Toten und Verletzten. Ihr unermessliches Leid ist ein verzweifelter Ruf nach Gerechtigkeit und Frieden.

Meine volle Solidarität gilt den Ukrainerinnen und Ukrainern und ihrer demokratisch gewählten Regierung.

Ich unterstütze nachdrücklich die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Als Amtierender Vorsitzender der OSZE fordere ich Russland auf, alle militärischen Aktivitäten gegen die Ukraine unverzüglich einzustellen.

Alle russischen Streitkräfte müssen unverzüglich aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abgezogen werden.

Der unprovokierte Angriff Russlands auf die Ukraine verstößt gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts. Er bringt das Leben von Millionen von Menschen in große Gefahr.

Mit diesem Akt militärischer Aggression hat Russland praktisch mit allen internationalen Verträgen, Regeln und Verpflichtungen gebrochen, auch mit den Grundlagen dieser Organisation – die Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris.

Mit diesem Verhalten hat Russland ganz klar alle internationalen Bemühungen um einen Dialog, auch innerhalb der OSZE, vom Tisch gewischt.

Auch wenn in diesem finstersten Moment alle Hoffnung verloren scheint, fordere ich Russland mit allem Nachdruck auf, vom Weg der Gewalt und des Krieges abzulassen.

Als Vorsitz bringen wir unsere große Besorgnis über die Sicherheit des OSZE-Personals in der Ukraine zum Ausdruck.

Die entsprechenden OSZE-Strukturen beobachten ihre Lage genau und reagieren entsprechend.

Die Generalsekretärin wird auf diese zentrale Frage noch näher eingehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen weiter nach diplomatischen Lösungen suchen. Allerdings ist es gegenwärtig unmöglich, zum Geist des Vertrauens und der Zusammenarbeit zurückzufinden, der das Fundament dieser Organisation war.

Ich möchte mich abschließend mit folgender Frage direkt an Russland wenden: Wie stellen Sie sich eine weitere Zusammenarbeit in diesem Forum vor? In diesem Forum, das für die friedliche Zusammenarbeit geschaffen wurde, das von Ihren Vertreterinnen und Vertretern aber derzeit nur dazu benutzt wird, militärische Aggressionen gegen den souveränen Nachbarn zu rechtfertigen.

Danke.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DES VERTRETERS DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Delegation Frankreichs als EU-Vorsitzland übergab das Wort an den Vertreter der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Herr Vorsitzender, im Namen der Europäischen Union möchte ich Ihnen für die rasche Einberufung dieser außerordentlichen Sitzung des Ständigen Rates danken. Dies sind mit die dunkelsten Stunden für Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Europäische Union verurteilt den Einmarsch von Streitkräften der Russischen Föderation in die Ukraine auf das Schärfste.

Wir fordern Präsident Putin auf, die russischen Militäroperationen unverzüglich einzustellen und alle Streitkräfte und militärische Ausrüstung bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abziehen. Russland trägt die volle Verantwortung für diesen Akt der Aggression, für die Zerstörungen und den Verlust von Menschenleben, die er nach sich ziehen wird. Es wird für seine Handlungen einstehen müssen.

Wir verurteilen auch die Beteiligung von Belarus an dieser Aggression gegen die Ukraine und fordern es auf, sich an seine völkerrechtlichen Verpflichtungen zu halten.

Der militärische Angriff Russlands gegen die Ukraine – einen unabhängigen und souveränen Staat – ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht und die Grundprinzipien, auf denen die internationale regelbasierte Ordnung beruht.

Die Europäische Union hat sich gemeinsam mit transatlantischen und gleichgesinnten Partnern unermüdlich für eine diplomatische Lösung der von Russland verursachten Sicherheitskrise eingesetzt. Russland hat diese Bemühungen nicht erwidert und sich stattdessen einseitig für eine schwere und mutwillige Eskalation entschieden.

Die Europäische Union hat von Anfang an und auf höchster politischer Ebene deutlich gemacht, dass jede weitere militärische Aggression gegen die Ukraine massive Konsequenzen und hohe Kosten nach sich ziehen wird.

Daher wird die Reaktion der Europäischen Union sowohl auf einzelne Sektoren bezogene als auch individuelle restriktive Maßnahmen umfassen, die wir mit unseren transatlantischen und gleichgesinnten Partnern umfassend koordinieren werden.

Russland sollte keinen Zweifel daran haben, dass die Europäische Union bei den nächsten Schritten, die sie in enger Abstimmung mit ihren Partnern unternimmt, weiterhin entschlossen zusammenstehen wird.

Die Europäische Union fordert die internationale Gemeinschaft auf, von Russland die sofortige Beendigung dieser Aggression zu verlangen, die den internationalen Frieden und die Sicherheit auf globaler Ebene gefährdet.

Wir fordern Russland auf, das humanitäre Völkerrecht in vollem Umfang zu achten und allen Menschen in Not sicheren und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe zu gewähren und ihnen zu helfen. Wir fordern Russland ferner auf, die Sicherheit der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine zu gewährleisten.

Die Europäische Union bekräftigt ihre unerschütterliche Unterstützung und ihr entschlossenes Eintreten für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir stehen an der Seite des ukrainischen Volkes und seiner demokratisch gewählten Institutionen und Vertreterinnen und Vertreter.

Die Europäische Union bekräftigt ferner, dass sie die Souveränität und die territoriale Unversehrtheit Georgiens und der Republik Moldau uneingeschränkt unterstützt und sich für sie einsetzt.

Ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro^{Error! Bookmark not defined.} und Albanien^{Error! Bookmark not defined.} und das Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Island sowie die Ukraine und Georgien schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION FRANKREICHS

Frankreich schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an und möchte die folgende Erklärung in nationaler Eigenschaft abgeben.

Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Frau Generalsekretärin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Frankreich dankt dem polnischen Vorsitz für die unverzügliche Einberufung dieser Sondersitzung des Ständigen Rates angesichts der äußerst ernstesten Lage und begrüßt die Anwesenheit unseres Amtskollegen Dmytro Kuleba, den ich erneut unserer vollen Solidarität versichern möchte.

Wie der Präsident der Republik heute Morgen erklärte, verurteilt Frankreich auf das Schärfste die militärische Invasion, die Russland in den frühen Morgenstunden des heutigen Tages gegen die Ukraine begonnen hat. Ebenso verurteilt Frankreich die vom Regime Lukaschenkos gebilligte Nutzung belarussischen Hoheitsgebiets für die Durchführung dieser Aggression gegen einen souveränen Staat.

Dieser Angriff, der in rücksichtsloser Weise und ohne jedwede Berechtigung durchgeführt wird, gefährdet das Leben unzähliger Zivilpersonen. Ich fordere Russland auf, seine militärische Operation unverzüglich einzustellen und die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu achten.

Diese Entscheidung, einen Krieg zu führen, ist ein brutaler Verstoß gegen das Völkerrecht. Wie die Europäer gemeinsam mit ihren Partnern bereits mehrfach angekündigt haben, wird sie massive Folgen haben und Russland teuer zu stehen kommen. Die Antwort, die Europa beschließen wird, wird ohne Beispiel sein. Sie wird restriktive Maßnahmen umfassen, die sowohl auf Sektoren als auch auf Einzelpersonen abzielen und vollständig mit unseren transatlantischen Partnern abgestimmt sein werden.

Ich spreche der demokratisch gewählten ukrainischen Regierung und dem ukrainischen Volk in dieser schwierigen Zeit meine uneingeschränkte Solidarität aus. Frankreich wird seine Unterstützung für die Ukraine in jeglicher Form weiter verstärken.

In den letzten Wochen haben wir unsere Bemühungen intensiviert, Russland zur Deeskalation zu bewegen. Bei zahlreichen Gelegenheiten haben wir Russland aufgefordert, seine Taten mit seinen Worten in Einklang zu bringen, als es behauptete, für den Dialog und eine friedliche und dauerhafte Lösung des Konflikts in der Ostukraine auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung der territorialen Integrität dieses Landes einzutreten.

Russland hat den Weg der Aggression gegen ein souveränes und unabhängiges Land gewählt.

Russland verstößt mit dieser Entscheidung und seinen Handlungen gegen die Charta der Vereinten Nationen, gegen die Grundprinzipien der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris, auf denen die Stabilität in Europa beruht, gegen das Budapester Memorandum und die NATO-Russland-Grundakte.

Ich fordere alle OSZE-Teilnehmerstaaten auf, mit uns gemeinsam das Vorgehen Russlands zu verurteilen. Unsere Organisation muss alle Lehren aus dieser Krise und aus der zerstörerischen Rolle, die Russland und sein Verbündeter Belarus dabei spielen, ziehen.

Wir bringen unsere uneingeschränkte Solidarität mit dem ukrainischen Volk zum Ausdruck, das sich nach Frieden sehnt. Frankreich würdigt die Zurückhaltung, mit der die Ukraine seit mehreren Monaten den Provokationen die Stirn bietet und die sie unter diesen schwierigen Umständen nach wie vor an den Tag legt. Frankreich bekundet seine volle Solidarität mit dem Volk und der Regierung der Ukraine. Ebenso bekräftigt es seine uneingeschränkte und unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens und der Republik Moldau.

Wir fordern Russland auf, die Sicherheit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine zu gewährleisten, insbesondere in den Gebieten, die nicht von der ukrainischen Regierung kontrolliert werden. Russland wird dafür in Zukunft direkt die Verantwortung tragen und wie für alles andere zur Rechenschaft gezogen werden. Die Mission ist die einzige unabhängige internationale Präsenz vor Ort, und alle Seiten sind mehr denn je auf ihre Berichte angewiesen.

Wir danken auch der Generalsekretärin der OSZE, die sich unablässig um diese Angelegenheit bemüht.

Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen Sitzung.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KANADAS

Herr Vorsitzender,

heute Morgen hat Russland einen ungeheuerlichen Angriff auf die Ukraine begonnen.

In den vergangenen Monaten haben wir in diesem Saal darauf hingewiesen, dass Russland Truppen und Ausrüstung für eine Invasion der Ukraine in Stellung bringt. Russland entgegnete, dass dies nicht der Fall sei und man sich keine Sorgen machen müsse.

Russland hat gelogen.

Wir sagten, die Truppen entlang der Grenze würden weiter aufgestockt. Russland sagte, die Übungen seien abgeschlossen und die Truppen würden abgezogen werden. Das war eine absolute Irreführung. Heute wissen wir, dass weiterhin Verstärkungen an die ukrainische Grenze verlegt wurden.

Wir sagten, dass die russischen Truppen über das Ende der Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ hinaus in Belarus bleiben würden, doch Russland erklärte uns allen, die Übung würde am 20. Februar zu Ende sein. Russland hat sich geweigert, an den von der Ukraine letzte Woche initiierten Gesprächen im Rahmen des Wiener Dokuments teilzunehmen.

Heute dringen russische Streitkräfte von belarussischem Hoheitsgebiet aus in die Ukraine ein.

Wir haben gesagt, dass Russland einen Vorwand für eine militärische Intervention in der Ukraine erfinden würde. Das hat Russland dann auch wiederholt versucht, wenn auch wenig überzeugend.

Wir haben die ganze Zeit über gesagt, Russland wolle weder Frieden im Donbass noch die Rückgabe der Kontrolle über die Grenze an die ukrainische Regierung. Russland hielt dem mit Nachdruck entgegen, die Minsker Vereinbarungen seien der einzige Weg zum Frieden. Dann erkannte Wladimir Putin diese Woche die so genannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk an und erklärte den Minsker Prozess ausdrücklich für tot. Es liegt nun alleine an Moskau, ob Minsk tatsächlich tot ist oder nicht. Und ebenso wird Moskau alleine

dafür verantwortlich sein, dass – so befürchten wir – bald auch viele Menschen tot sein werden.

Russland ging es nie um eine diplomatische Lösung oder eine ehrliche Auseinandersetzung über die Sicherheit in Europa. Es ging Russland immer nur darum, die Kontrolle über die Souveränität der Ukraine an sich zu reißen.

Russland hat sich für Täuschung, Einschüchterung und die Inszenierung einer Krise entschieden, die auf Lügen und Operationen unter falscher Flagge beruht. Dies gipfelt nun in einem unseligen und unentschuldbaren Angriff auf einen demokratischen Nachbarn und Teilnehmerstaat der OSZE.

Herr Vorsitzender,

jedem Teilnehmerstaat dieser Organisation und jedem Land der Welt sollte klar sein, dass dieser russische Einmarsch in die Ukraine – diese derzeitige Krise, die größte Bedrohung des Friedens in Europa seit Jahrzehnten – eine vom Kreml sorgfältig geplante Abfolge von Aktionen ist.

Dies ist vorsätzlich geschehen. Es handelt sich um die Fortsetzung und Eskalation eines Angriffskrieges, der ausschließlich von Wladimir Putin provoziert wurde.

Russland präsentiert sich als Vorkämpfer des Völkerrechts, als Hüter der Charta der Vereinten Nationen, als Verfechter der unteilbaren Sicherheit der Staaten. Letztes Jahr hat Russland hier bei der OSZE lautstark verkündet: „Die Charta der Vereinten Nationen ist unsere Richtschnur“.

Heute hat Russland jede Ordnung, die zu verteidigen es vorgibt, zunichtegemacht. Russlands Heuchelei wird einer Prüfung durch die Völkergemeinschaft nicht standhalten; Russland hat versucht, unser internationales System zu verhöhnen und eine Rückkehr zu einer Welt, in der das Recht des Stärkeren gilt, zu erzwingen. Wir können und werden das nicht zulassen.

Kanada bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Wir haben mit aller Konsequenz und gemeinsam auf diese skrupellosen und gefährlichen Handlungen reagiert und werden das weiterhin tun.

Putin hat nicht nur versucht, mit dem Einmarsch in die Ukraine den freien Willen einer souveränen Nation zu brechen, sondern auch Spaltung und Zwietracht unter den Teilnehmerstaaten zu säen. Das ist ihm gründlich misslungen. Wir sind uns einig in unserer Verurteilung dieses schrecklichen Vorgehens und in unserer Unterstützung für die Ukraine.

Wir fordern Russland auf, seinen Angriff unverzüglich abubrechen und auf den Weg des Dialogs und der Diplomatie zurückzukehren. Es ist noch nicht zu spät, diesen Wahnsinn zu stoppen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Danke, Herr Vorsitzender.

Danke, Minister Rau, dass Sie diese Sondersitzung des Ständigen Rates einberufen haben.

Wie wir gestern Abend, als der Angriff begann, zum ersten Mal sagten, verurteilen die Vereinigten Staaten den vorsätzlichen, durch nichts provozierten und mit nichts zu rechtfertigenden Angriff Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste und in aller Deutlichkeit.

Mit dem Angriff auf die Ukraine hat Russland gegen die heiligen Grundsätze des Völkerrechts verstoßen. Es hat gegen die Charta der Vereinten Nationen verstoßen. Es hat die Schlussakte von Helsinki und die Grundsätze, auf denen die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gegründet wurde, mit Füßen getreten. Es hat den Frieden in Europa zunichtegemacht. Und es hat das Leben und die Sicherheit von Millionen von Menschen in der Ukraine gefährdet, die nichts – absolut nichts – getan haben, um diesen entsetzlichen Angriff auf ihre Häuser und Familien zu verursachen.

Das Vorgehen Russlands ist ein Affront gegen die Demokratie, gegen die Menschenrechte, gegen die Menschlichkeit. Die Welt wird Russland dafür zur Rechenschaft ziehen. Und wir werden Belarus für seine Rolle bei dieser Invasion zur Rechenschaft ziehen.

Während wir hier zusammenkommen, greifen die russischen Streitkräfte die Ukraine an mehreren Fronten an. Alles deutet darauf hin, dass Russland beabsichtigt, Kyjiw einzukreisen und zu bedrohen, und wir glauben, dass Moskau Pläne entwickelt hat, um in großem Maßstab Menschenrechtsverbrechen gegen die Menschen in der Ukraine zu begehen und ihnen möglicherweise noch Schlimmeres zuzufügen.

Monatelang haben sich die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten und Partner um eine diplomatische Lösung bemüht und Russland wiederholt in gutem Glauben die Hand zur Erörterung aller legitimen Sicherheitsbesorgnisse gereicht. Monatelang hat sich diese Organisation nach Kräften bemüht, Russland einen Weg zu ermöglichen, um Schritte zur Verbesserung der kollektiven europäischen Sicherheit zu erörtern. Monatelang hat Russland Interesse an Diplomatie vorgetäuscht und gleichzeitig beharrlich behauptet, nicht die Absicht

zu haben, in die Ukraine einzumarschieren. Die ganze Zeit über hat der Kreml einen kaltblütigen Angriff vorbereitet, wie ihn Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen hat.

Die Mitglieder dieser Organisation und die gesamte internationale Gemeinschaft erkennen jetzt in aller Deutlichkeit, dass Russland die Verpflichtungen, die es gegenüber der Welt eingegangen ist, verworfen und aufgekündigt hat – und das werden wir nie vergessen.

Präsident Putin versucht, der Ukraine das Recht abzusprechen, als freies und unabhängiges Land zu existieren, und ihren Bürgerinnen und Bürgern das Recht, frei über ihre eigene Regierung, ihre Bündnisse und ihre Zukunft zu entscheiden. Das behaupten nicht wir, sondern Präsident Putin hat dies in seinen Äußerungen vor dem russischen Volk deutlich zum Ausdruck gebracht. Das macht Russlands Vorgehen zu einer Bedrohung nicht nur für die Sicherheit der Ukraine oder Europas, sondern für die Sicherheit der Menschen all überall, die durch die Normen und Prinzipien des Völkerrechts geschützt sind, die Präsident Putin heute über Bord wirft.

In diesem Moment müssen wir uns geschlossen hinter die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine und das Recht aller souveränen Nationen stellen, ihren eigenen Weg zu wählen, frei von Zwang, Umsturz oder Invasion – und das werden wir auch weiterhin tun.

Wir erinnern Russland in diesem bedeutungsvollen Moment an seine Verpflichtung, die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, einschließlich der gesamten ukrainischen Bevölkerung und der Mitglieder der Sonderbeobachtermission der OSZE – Staatsangehörige von mehr als 40 Teilnehmerstaaten dieser Organisation. Sollte Russland das nicht tun, werden wir es dafür zu Rechenschaft ziehen.

Wir haben seit dem Beginn dieser Krise gesagt, dass die Vereinigten Staaten auf weitere Aggressionen gegen die Ukraine rasch und entschlossen reagieren werden. Diese Reaktion ist bereits in vollem Gange. Heute Morgen hat Präsident Biden mit seinen G7-Kollegen die nächsten Schritte besprochen. Im weiteren Verlauf des Tages wird er sich an das amerikanische Volk wenden, um weitere Konsequenzen – von noch nie dagewesenem Umfang und Ausmaß – anzukündigen, die die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten und Partner gegen Russland für seinen Angriff auf die Ukraine und seinen Angriff auf den Weltfrieden und die weltweite Sicherheit verhängen werden. Wir werden auch über die Maßnahmen sprechen, die die Vereinigten Staaten und die NATO ergreifen werden, um unsere Verbündeten an der Ostflanke des Bündnisses zu beruhigen.

Die Vereinigten Staaten sind nach wie vor der Ansicht, dass der diplomatische Weg für verantwortungsvolle Staaten der einzige Weg der Problemlösung ist. Wie schon bisher, werden wir auch jetzt auf dem Pfad der Diplomatie nichts unversucht lassen. Russland hat jedoch unmissverständlich klar gemacht, dass es jegliche Diplomatie ablehnt; bis Russland also seinen Kurs ändert, werden wir uns darauf konzentrieren, in Abstimmung mit Verbündeten und Partnern die Sanktionen durchzusetzen und den Preis einzufordern, den Russland sich selbst zuzuschreiben hat.

Das amerikanische Volk – und alle freiheitliebenden Menschen auf der ganzen Welt – stehen heute an der Seite der Menschen in der Ukraine, deren Leben und Zukunft nun in Gefahr ist, weil ein Mann beschlossen hat, Krieg zu führen.

Wir ersuchen um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

Herr Vorsitzender,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

während ich hier spreche, führt Russland eine unprovokede und lang geplante Invasion in ein souveränes, demokratisches europäisches Land durch.

Das Vereinigte Königreich und seine internationalen Partner sind sich einig in der Verurteilung dieses verwerflichen Angriffs auf die Ukraine.

Er stellt einen ungeheuerlichen Verstoß gegen das Völkerrecht, die Charta der Vereinten Nationen und die Grundprinzipien der OSZE dar.

Präsident Putins sogenannte „Präzisionsschläge“ haben bereits Wohnhäuser zerstört und unschuldige Zivilpersonen getötet, verwundet und vertrieben.

Wir fordern Russland auf, seine Streitkräfte unverzüglich vollständig aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet abzuziehen und von weiteren Aggressionen Abstand zu nehmen.

In den letzten Wochen hat die russische Regierung immer wieder ihre feindseligen Absichten gegenüber ihrem Nachbarn in Abrede gestellt. Gleichzeitig hat sie Truppen aufmarschieren lassen, Cyberangriffe gestartet und konstruierte Vorwände und Provokationen inszeniert.

Bei meinem Besuch in Moskau am 10. Februar schaute mir Außenminister Lawrow in die Augen und erklärte, Russland habe keine Pläne, in die Ukraine einzumarschieren.

Letzte Woche behaupteten sie, sie würden ihre Truppen abziehen.

Seit heute wissen wir, dass die russische Regierung die Welt belogen hat.

Sie haben es mit der Diplomatie nie ernst gemeint.

Hier bei der OSZE haben sie wiederholt ihre Verpflichtungen nicht erfüllt, sind nicht zu den Sitzungen erschienen und haben sich vor dem Dialog, den sie vorgaben anzustreben, gedrückt.

Die OSZE behandelt alle Staaten als gleichberechtigt, alle tragen die gleiche Verantwortung für die Umsetzung und den Schutz unserer gemeinsamen Verpflichtungen. Der Kreml hat sich von diesen Verpflichtungen losgesagt, mit verheerenden Folgen für die Ukraine und die gesamte Region.

In den Augen der Welt ist Russland nun ein Paria.

Im Gegensatz dazu hat die Ukraine Anstand, Zurückhaltung und Stärke bewiesen. Wir unterstützen die Ukraine und ihr Volk ohne Wenn und Aber.

Zur Koordinierung unserer gemeinsamen Reaktion werden wir dringende Gespräche mit unseren Verbündeten und Partnern einberufen. Gemeinsam werden wir die russische Regierung zur Rechenschaft ziehen und diesem rechtswidrigen Vorgehen mit Geschlossenheit und Stärke entgegentreten.

Wir werden die Ukraine weiterhin politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützen, damit sie sich in diesem Kampf, den sie nicht selbst gewählt hat, verteidigen kann.

Und gemeinsam mit unseren Verbündeten werden wir Putin und sein Umfeld weiter unter Druck setzen.

Heute kündigen wir ein beispielloses Paket von Sanktionen an, mit dem wir Russland für seine Aggression mit immer härteren Sanktionen belasten werden.

Wir werden die wirtschaftliche und militärische Entwicklung Russlands erheblich schwächen.

Und wir werden die Ostflanke der NATO weiter verstärken.

Präsident Putins Umgebung wird bald erkennen – wenn sie es nicht schon tut – dass seine Entscheidungen in dieser Woche ein kolossaler Fehler waren.

In diesem kritischen Moment müssen wir absolute Geschlossenheit zeigen.

Wir müssen die Regierung und das Volk der Ukraine angesichts dieses Angriffs auf ihre Souveränität und territoriale Integrität weiterhin unterstützen.

Und wir müssen uns weiterhin für die Rechtsstaatlichkeit, die Stabilität und die Sicherheit Europas einsetzen – gegen diejenigen, die es spalten wollen.

Danke.

1358. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ÖSTERREICHS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Generalsekretärin,
geschätzte Damen und Herren,

Österreich schließt sich vollumfänglich der Stellungnahme der Europäischen Union an. Erlauben Sie mir darüber hinaus einige Bemerkungen in nationaler Eigenschaft.

Erst vorgestern habe ich hier im Ständigen Rat zu Ihnen gesprochen und appelliert, nichts unversucht zu lassen, um die Lage in der Ostukraine zu entschärfen. Ich habe Russland aufgefordert, auf den Pfad der Diplomatie und des Dialogs zurückzukehren. Seit den frühen Morgenstunden wissen wir: die Russische Föderation hat den Weg der Gewalt gewählt. Sie hat einmal mehr Grenzen überschritten. Die physischen Grenzen des ukrainischen Staatsgebiets. Und die Grenzen des Völkerrechts. Unsere schlimmsten Erwartungen sind eingetreten: Auf dem europäischen Kontinent herrscht Krieg.

Die Ukraine wurde Opfer einer weiteren militärischen Aggression Russlands. Damit wurden die elementarsten Regeln der internationalen Ordnung und des Völkerrechts gebrochen.

Es ist ein Hohn gegenüber der Ukraine – ein Hohn gegenüber der gesamten internationalen Gemeinschaft – die russische Aggression mit Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen zu rechtfertigen.

Russland hat die Ukraine angegriffen. Nicht umgekehrt. Russland hat alle Verträge, Zusagen und Vereinbarungen gebrochen. Dabei muss Präsident Putin wissen, dass er damit nicht mehr Sicherheit für sich schafft. Sondern mehr Unsicherheit.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

so wie schon in der Vergangenheit wissen wir in Österreich ganz genau, wo wir stehen: auf der Seite des Rechts. Auf der Seite des Völkerrechts. Auf der Seite des Friedens.

Mit letzter Nacht ist Europa ein kälterer Kontinent geworden. In dieser dunklen Stunde für uns alle gilt unsere uneingeschränkte Solidarität der Ukraine, der ukrainischen Regierung und dem ukrainischen Volk.

Unsere Antwort wird eine deutliche sein: Dort, wo wir der Ukraine helfen können, werden wir es mit großem Engagement tun. Und dort, wo wir als EU der russischen Führung rote Linien aufzeigen müssen, werden wir einmal mehr rasch, geeint und entschlossen handeln.

Noch heute Abend treffen sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel, um über eine weitere Ausweitung der Sanktionen gegen Russland zu beraten. Und morgen folgt ein Treffen der europäischen Außenministerinnen und Außenminister.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Stunden sind unsere Beobachterinnen und Beobachter der SMM der OSZE Zeugen des Schreckens geworden. Als unsere Augen und Ohren vor Ort kommt ihnen eine besondere Verantwortung zu. Ihnen muss aber auch der entsprechende Schutz gewährt werden. Daher fordere ich Russland und die Vertreter der selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk unmissverständlich auf, unsere Beobachterinnen und Beobachter weder zu gefährden, noch für politische Zwecke zu missbrauchen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gerade an diesem schwarzen Tag für Europa ist es unsere Pflicht, die Gesprächskanäle nicht abreißen zu lassen. Dazu ist ganz besonders die OSZE berufen. Österreich steht bereit, jede Vermittlungsinitiative des polnischen Vorsitzes, der Troika, und unserer Generalsekretärin Helga Schmid mit aller Kraft zu unterstützen.

Hier darf sich Russland nicht aus der Verantwortung nehmen. Russland ist ein Land von großer Geschichte und Kultur. Ein Land, dem wir Werke von Tolstoi, Dostojewski, Schostakowitsch, Tschaikowsky und vielen anderen mehr zu verdanken haben. Ein Land, das auch immer eng mit Österreichs Geschichte verbunden war. Aber es ist ein Land, das aufgrund seiner derzeitigen Führung den falschen Weg einschlägt. Nicht den Weg des Rechts, der Zusammenarbeit, der Partnerschaft. Sondern den Weg der Gewalt und des Kriegs.

Meine Botschaft an die russische Führung ist klar: Lassen Sie die Waffen ruhen. Ziehen Sie Ihre Truppen aus der Ukraine ab. Kehren Sie an den Verhandlungstisch zurück. Nur wenn die Waffen schweigen, hat die Diplomatie eine Chance.

Herr Vorsitzender,

ich ersuche Sie, diese Stellungnahme dem Journal des Tages beizufügen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

1358. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Generalsekretärin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
und vor allen Dingen, lieber Dmytro Kuleba,

deine und Ihre Worte klingen nach. Ich schließe mich der Einlassung des Hohen Vertreters der EU an und möchte in nationaler Qualität folgendes ergänzen: Wir alle sind heute Morgen in einer anderen Welt aufgewacht und wir erleben heute einen schwarzen Tag. Das gilt für die Millionen Menschen in der Ukraine, für Europa, für die Welt und für die OSZE. Deutschland steht in dieser schweren Stunde in voller Solidarität an der Seite der Ukraine und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Mit seinem brutalen und völlig unprovokierten militärischen Angriff auf die Ukraine bricht die russische Regierung vor den Augen der Welt mit den elementarsten Regeln der internationalen Ordnung. Und sie zerstört die Minsker Vereinbarungen, wie meine kanadische Kollegin Joly es deutlich gesagt hat.

Ich weise vehement das von Russland fabrizierte Narrativ eines Völkermords im Donbass zurück.

Dieser Krieg, das massive Leid der Ukrainerinnen und Ukrainerinnen, der Familien und Kinder, das alles liegt allein in der Verantwortung der russischen Regierung, die die Welt und diese Organisation, deren Teilnehmerstaat Russland ist, seit Wochen belogen hat.

Russland verstößt eklatant gegen das Völkerrecht. Es tritt die grundlegenden Prinzipien der OSZE mit Füßen. Es tritt die Verpflichtungen, die es als Teilnehmerstaat der OSZE eingegangen ist, und das Völkergewohnheitsrecht mit Füßen. Diese Missachtung des Völkerrechts wird weitreichende Konsequenzen haben.

Deutschland verurteilt den brutalen militärischen Angriff Russlands auf die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine auf das Schärfste. Wir verurteilen auch die Mitwirkung von Belarus an dieser russischen Aggression. Ich rufe alle OSZE-Teilnehmerstaaten auf, sich dieser Verurteilung anzuschließen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben es selbst in der Hand: Wenn wir jetzt nicht alle – entschlossener denn je – für Frieden und Sicherheit in Europa auf Basis des Völkerrechts eintreten, werden wir einen sehr hohen Preis zahlen. Europa ist unser eigenes Haus, und wer den Frieden bricht und dieses Haus anzündet, der sollte unser aller Widerstand spüren.

Wir haben in den vergangenen Monaten nichts unversucht gelassen, im Rahmen der OSZE, in der NATO, den Vereinten Nationen und in unzähligen bilateralen Kontakten mit Russland, um eine diplomatische, friedliche Lösung für diese Krise zu finden. Russland ist auf unsere zahlreichen Gesprächsangebote zwar offiziell eingegangen, aber in der Sache niemals!

Deutschland wird gemeinsam mit seinen Verbündeten und Partnern entschlossen auf diese eklatante Verletzung des Völkerrechts reagieren. Dieser Angriff wird schwerwiegende wirtschaftliche, politische und geostrategische Folgen für Russland nach sich ziehen, wie viele Kolleginnen und Kollegen bereits unterstrichen haben. Die Verantwortung für diese Konsequenzen tragen alleine die russische Regierung und der russische Präsident.

Ich fordere die russische Regierung und den russischen Präsidenten auf, das Blutvergießen unverzüglich zu beenden, alle militärischen Aktionen gegen die Ukraine einzustellen und sämtliche Truppen und Militärausrüstung aus der Ukraine abzuziehen.

Ich fordere die russische Regierung und den russischen Präsidenten auf, umgehend Russlands Verpflichtungen als OSZE-Teilnehmerstaat und seiner besonderen Verantwortung als Mitglied des Sicherheitsrats der VN nachzukommen. Wer im Sicherheitsrat sitzt, der hat nicht nur Rechte – dazu gehören auch Pflichten.

Ich fordere die russische Regierung und den russischen Präsidenten auf, die Sicherheit der Beobachterinnen und Beobachter der OSZE-Sonderbeobachtersmission, der Sekundierten aus fast 40 Nationen und der ukrainischen SMM-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu garantieren – sowohl in den regierungs- als auch in den nicht-regierungskontrollierten Gebieten. Die Sicherheit und Unversehrtheit des gesamten OSZE-Personals in der Ukraine – das ist jetzt die Verantwortung der russischen Regierung und des russischen Präsidenten.

Es bleibt nur ein richtiger Weg für Russland: Jetzt an den Verhandlungstisch hier in der OSZE und in anderen Foren und zum Dialog über unsere gemeinsame Sicherheitsarchitektur in Europa zurückzukehren. Dieser Weg der russischen Regierung und des russischen Präsidenten aus der internationalen Gemeinschaft in die vollständige internationale Isolation, der kann auch für die Menschen in Russland keine Zukunft bedeuten.

Deutschland steht in dieser schweren Stunde in voller Solidarität an der Seite der Ukraine. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, den Getöteten und Verletzten und ihren Angehörigen, bei den Menschen, den Familien, den Kindern, die jetzt in der Ukraine vor der Gewalt flüchten müssen.

Ich möchte auch Ihnen, Herr Vorsitzender, Ihnen, Frau Generalsekretärin, und allen OSZE-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Wien und in Kyjiw und in der ganzen Ukraine

meine Anerkennung und meinen Dank für Ihre großartige und wichtige Arbeit aussprechen.
Wir werden Sie unterstützen, wo immer wir können.

Ich danke Ihnen.

Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION SCHWEDENS

Danke, Herr Vorsitzender,

Schweden schließt sich der vom Hohen Vertreter Borrell abgegebenen Erklärung der EU vollinhaltlich an. Ich möchte namens meines eigenen Landes noch einige Bemerkungen hinzuzufügen.

Schweden verurteilt die Invasion der Russischen Föderation in der Ukraine auf das Allerschärfste. Der Einmarsch in ein unabhängiges, friedliches und demokratisches Land im Herzen Europas ist eine gravierende Verletzung des Völkerrechts und stellt nicht nur einen Angriff auf die Ukraine, sondern auf die gesamte europäische Sicherheitsordnung dar. Dafür trägt Russland die alleinige Verantwortung.

Eine ähnlich groß angelegte Aggression hat es in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben.

Wenn Belarus zugelassen hat, dass sein Hoheitsgebiet von Russland für Angriffshandlungen gegen die Ukraine genutzt wird, so stellt das für sich genommen schon eine Aggression von Belarus gegen die Ukraine dar, für die das Land zur Verantwortung zu ziehen ist.

Russlands militärischer Angriff auf die Ukraine ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht und das in der Charta der VN verankerte Verbot der Anwendung von Gewalt. Er stellt auch eine völlige Missachtung der Zusagen und Verpflichtungen aus der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris für ein neues Europa und nachfolgenden Dokumenten dar.

Schweden fordert, dass Russland seine militärischen Operationen in der Ukraine unverzüglich einstellt und alle Streitkräfte und militärische Ausrüstung bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht.

In dieser äußerst ernsten Situation fordert Schweden Russland auf, das humanitäre Völkerrecht uneingeschränkt zu achten und allen Menschen in Not sicheren und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe zu gewähren. Russland allein trägt die

Verantwortung für das menschliche Leid, zu dem die Invasion unweigerlich führen wird; es wird für seine Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ich fordere Russland auf, die Sicherheit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine und ihres Personals zu gewährleisten. Durch ihre unvoreingenommene Berichterstattung über die Entwicklungen vor Ort ist die Mission einzigartig und hat maßgeblich zur Deeskalation beigetragen. Wir hoffen, dass die Patrouillen wieder aufgenommen werden können, sobald es die Sicherheitslage erlaubt.

Wir unterstützen die Maßnahmen, die der polnische Vorsitz in dieser äußerst ernsten Situation ergriffen hat, voll und ganz. Russland wurden zahlreiche Gelegenheiten zum Dialog angeboten, aber es hat mit Aggression reagiert.

Schweden unterstützt die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und tritt unerschütterlich dafür ein. Wir verstärken unsere Unterstützung und stehen dem ukrainischen Volk und seinen demokratisch gewählten Institutionen und Vertreterinnen und Vertreter in dieser dunklen Stunde zur Seite.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1358. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORDMAZEDONIENS**

Verehrter Herr Vorsitzender Rau,
verehrte Frau Generalsekretärin Helga Schmid,
verehrter Minister Kuleba,

die heutige Aggression Russlands gegen die Ukraine ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht, die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und vor allem gegen die humanitären Werte. Man kann es noch immer nicht glauben, dass in unserer Zeit, im Herzen Europas wieder Kriegssirenen zu hören sein sollen. Wieder einmal haben wir es mit einem Narrativ zu tun, das ausgehend von den Ruinen der Vergangenheit und deren negativen Hinterlassenschaften die Freiheit, die Werte und die Errungenschaften der modernen, demokratischen und zivilisierten Welt zunichtemacht.

Das Narrativ, dessen sich die Russischen Föderation bedient, ist eine brutale Verfälschung der Wahrheit und eine Heuchelei angesichts der Lehren aus der Geschichte. Seit Jahrzehnten haben wir auf Frieden und Wohlstand gebaut. Niemand sollte dieses Fundament zerstören.

Nordmazedonien verurteilt auf das Schärfste die Entscheidung Moskaus, den Weg des Krieges zu beschreiten, der einen eindeutigen Akt der Aggression gegen ein unabhängiges Land darstellt, und verurteilt sie. Sie ist eine brutale Machtdemonstration, die unsere gemeinsamen Bemühungen um eine friedliche Lösung der Krise, die den Frieden und die Stabilität im gesamten OSZE-Raum ernsthaft bedroht, zunichtemacht.

Trotz zahlreicher Aufforderungen der internationalen Gemeinschaft zur Deeskalation, zu einer friedlichen Lösung und vor allem zur Vernunft, erfährt das ukrainische Volk nun die realen und verheerenden Folgen des Krieges. Aber nicht nur die Ukraine, sondern die ganze Welt ist mit der Fratze des Krieges konfrontiert.

Gestern noch haben wir auf eine diplomatische Lösung der Krise gehofft und diese angestrebt. Heute sind diese Hoffnungen zerschlagen und dahin. Die Lage eskaliert stündlich und zieht physische Zerstörung und menschliches Leid nach sich.

In Momenten wie diesen kommt ist der Dialog entscheidend. Wir fordern die Russische Föderation auf, die Invasion zu beenden und von weiteren militärischen Schritten Abstand zu nehmen. Wir fordern die sofortige Wiederherstellung des Friedens, um den Weg für die Diplomatie freizumachen.

Wir unterstützen die Bemühungen des polnischen Vorsitzes und der OSZE-Generalsekretärin, die Spannungen durch einen handlungsorientierten Ansatz abzubauen, der alle verfügbaren Instrumente unserer Organisation nutzt. Die Sicherheit des Personals der Sonderbeobachtermission in der Ukraine ist um jeden Preis zu gewährleisten. Die Verantwortung dafür liegt in erster Linie bei der Russischen Föderation.

Als Mitglied der OSZE-Troika unterstützen wir diese Bemühungen unverändert mit voller Kraft und glauben weiterhin daran, dass Multilateralismus den Militarismus bezwingen sollte.

Herr Vorsitzender,

wie bestürzend und entmutigend die jüngsten Entwicklungen vor Ort auch sein mögen – wir sollten weiterhin unermüdlich an einer diplomatischen Lösung arbeiten, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Die OSZE kann dabei sowohl die Ressourcen als auch die Mechanismen anbieten, die den Weg zu einer Lösung weisen. Die Zeit ist reif und der Zeitpunkt richtig, um das gesamte Potenzial dieser Plattform zu nutzen.

Heute verurteilt die freie Welt die Akte der Aggression, und wir sollten uns geschlossen gegen dieses Unrecht zur Wehr setzen. Wir müssen uns beharrlich um eine friedliche Lösung bemühen, denn Unrecht mit Unrecht zu vergelten, ergibt noch kein Recht.

In diesen schwierigen Zeiten stehen wir der Ukraine und ihrem Volk bei und hoffen, dass die Vernunft den Sieg davonträgt und das Leben zur Normalität zurückkehrt. Es ist das Gebot der Stunde, den Frieden wiederherzustellen.

Danke.

1358. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER SCHWEIZ**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

heute ist ein trauriger Tag, wie wir ihn schon lange nicht mehr gesehen haben. Ein Tag, wie wir ihn nie wieder sehen wollten. Auf europäischem Boden hat ein bewaffneter Konflikt begonnen. Eine Situation, die man trotz aller diplomatischer Bemühungen nicht verhindern konnte. Die aktuelle Krise betrifft nicht nur Russland und die Ukraine. Sie betrifft ganz Europa. Unsere Solidarität und Unterstützung ist mit allen Ukrainerinnen und Ukrainern und den demokratisch gewählten Behörden.

Russlands grossräumige militärische Intervention gegen die Ukraine ist unprovokiert und geschieht trotz wiederholter Angebote zum Dialog seitens der Ukraine und der internationalen Gemeinschaft.

Die Schweiz verurteilt die militärische Intervention Russlands gegen die Ukraine aufs Schärfste. Es handelt sich um eine schwerwiegende Verletzung des Völkerrechts, die wir keinesfalls akzeptieren dürfen. Russland hat mit seinem Vorgehen namentlich das völkerrechtlich verankerte Gewaltverbot und die territoriale Integrität sowie die Souveränität der Ukraine verletzt. Dabei ignoriert Russland die Prinzipien und Verpflichtungen der UN-Charta und der OSZE auf eklatante Weise. Die Nutzung des belarussischen Hoheitsgebiets für die Durchführung dieser Militäroperation ist ebenfalls zu verurteilen.

Eine sofortige Deeskalation des Konflikts und die Suche nach einer politischen Lösung hat für die Schweiz höchste Priorität. Die Schweiz ist bereit, jede diesbezügliche Bemühung der OSZE zu unterstützen.

Wir rufen Russland dazu auf, seine Truppen unverzüglich von ukrainischem Boden zurückzuziehen. Ebenso ruft die Schweiz die Konfliktparteien dazu auf, das humanitäre Völkerrecht zu respektieren, Spannungen zu reduzieren, den Konflikt mit friedlichen Mitteln beizulegen und weitere Eskalationen zu vermeiden. Die Zivilbevölkerung und zivile Infrastrukturen müssen geschützt werden. Wir fordern von Russland, dass es die Menschenrechte und die Grundfreiheiten der ukrainischen Bevölkerung respektiert und seine diesbezügliche Verantwortung vollständig wahrnimmt.

Herr Vorsitzender,
Frau Generalsekretärin

die militärische Intervention Russlands ist völkerrechtswidrig und widerspricht den Zielen und Prinzipien der UN-Charta. Die internationale Rechtsordnung muss bewahrt werden, oder die Geschichte wird uns einholen. Die Rückkehr zur Vernunft ist dringender denn je.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Wir ersuchen Sie, diese Wortmeldung dem Journal des Tages beizulegen.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION SPANIENS

Herr Vorsitzender,

die Russische Föderation hat nicht auf die internationale Gemeinschaft gehört und ihre Drohungen in die Tat umgesetzt. Heute Morgen hat ein nicht zu rechtfertigender militärischer Angriff auf die Ukraine begonnen, den Spanien kategorisch und unmissverständlich verurteilt.

Es handelt sich dabei um einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und um eine äußerst ernste Aggression gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung, die die europäische und globale Sicherheit in einer Weise gefährden, wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Das ist ein direkter Verstoß gegen Buchstaben und Geist der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki und aller OSZE-Verpflichtungen, die alle Teilnehmerstaaten, einschließlich der Russischen Föderation, freiwillig eingegangen sind.

Spanien fordert die sofortige und bedingungslose Beendigung der Aggression, bevor sie noch mehr Opfer fordert; es fordert ferner die Rückkehr aller Militärangehörigen in das international anerkannte Hoheitsgebiet der Russischen Föderation.

Die spanische Regierung bekräftigt ihre Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und der gesamten Donbass-Region. Wir weisen die rechtswidrige Anerkennung der Unabhängigkeit der sogenannten Republiken Luhansk und Donezk zurück.

Herr Vorsitzender,

wir sind Zeugen eines historischen Ereignisses, der in den letzten Jahrzehnten ohne Präzedenzfall ist, eines Angriffs auf die europäische Sicherheit insgesamt.

Wir erleben eine außerordentlich schwere Zeit, in der es mehr denn je der Einigkeit und Entschlossenheit angesichts dieser nicht hinnehmbaren Aggression bedarf.

Gemeinsam mit seinen Partnern und Verbündeten arbeitet Spanien intensiv auf allen Linien an einer geschlossenen, koordinierten und entschiedenen Reaktion auf diesen Akt der Aggression.

Spanien möchte einmal mehr die Bedeutung der OSZE als ein ideales Forum für die Schaffung der Grundlagen für die europäische Sicherheit unterstreichen.

Danke.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal der Sitzung beifügen zu lassen.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DÄNEMARKS

Herr Vorsitzender,

ich schließe mich voll und ganz der Erklärung der Europäischen Union an. Gestatten Sie mir jedoch, in nationaler Eigenschaft noch einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Heute ist einer der schwärzesten Tage in der Geschichte Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Ich verurteile auf das Schärfste die unprovokierte militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine und die Beteiligung von Belarus an diesen Handlungen. Mit seinen nicht zu rechtfertigenden militärischen Aktionen verstößt Russland in grober Weise gegen das Völkerrecht, bricht OSZE-Verpflichtungen und untergräbt die europäische und globale Sicherheit.

Das wird nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine gefährdet nicht nur das Leben von Millionen Menschen. Die Entscheidung Russlands versetzt auch der Diplomatie einen schweren Schlag. Die jahrelangen Bemühungen im Rahmen der OSZE, des Normandie-Formats, der Trilateralen Kontaktgruppe und anderswo werden ohne triftigen Grund bewusst zunichtegemacht.

Seit Beginn der militärischen Aufrüstung Russlands hat Dänemark Russland zur Deeskalation und zur Diplomatie aufgerufen. Gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten haben wir Vorschläge eingebracht. Wir haben auch unsere Bereitschaft bekundet, Russlands Besorgnisse Gehör zu schenken.

Wir bedauern zutiefst, dass Russland militärischem Vorgehen den Vorzug gegenüber Diplomatie, und Aggression den Vorzug gegenüber Frieden gegeben hat. Lassen Sie mich das in aller Deutlichkeit festhalten: Russland trägt die volle Verantwortung für das menschliche Leid, das wir jetzt miterleben. Das muss weitreichende Konsequenzen haben.

Wir sind uns auch darüber im Klaren, dass das militärische Vorgehen Russlands gegen die Ukraine nachhaltige Auswirkungen für die OSZE und ihre Aktivitäten in der Ukraine haben wird. Wir unterstützen die Sonderbeobachtermission weiterhin entschlossen und fordern Russland nachdrücklich auf, ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Wir fordern Russland auf, die Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen, sein Militär aus der Ukraine abziehen und die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen uneingeschränkt zu achten.

Dänemark steht in dieser beispiellosen Krise entschlossen an der Seite der Ukraine und des ukrainischen Volkes. Wir werden die Ukraine und das ukrainische Volk weiterhin politisch, finanziell und humanitär unterstützen und ihnen beistehen.

Wir unterstützen auch uneingeschränkt die Bemühungen des polnischen Vorsitzes, die OSZE-Formate und -Instrumente selbst in dieser dramatischen Situation anzuwenden.

Lassen Sie mich mit folgenden Worten schließen: Slava Ukraini! Es lebe die Ukraine!

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION RUMÄNIENS

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich schließe mich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an, möchte als Vertreter meines Landes jedoch noch Folgendes hinzufügen.

Wie meine Vorrednerinnen und Vorredner möchte auch ich dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieser außerordentlichen und dringenden Sitzung unter diesen bedrückenden Umständen danken.

Minister Rau und sein Team haben nichts unversucht gelassen, um eine diplomatische Lösung für die gegenwärtige Situation herbeizuführen. Diese Möglichkeit wurde leider von Russland ausgeschlagen.

Rumänien hat die ungerechtfertigte und unprovokierte militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine in aller Entschiedenheit verurteilt. Rumänien hat auch die Anerkennung der „Unabhängigkeit“ der so genannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk auf das Schärfste verurteilt.

Diese Schritte stellen schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht, gegen die eigenen Verpflichtungen Russlands, gegen die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine sowie gegen die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen dar.

Wir fordern die Russische Föderation auf, ihre gesamten Streitkräfte und ihre gesamte Ausrüstung unverzüglich und bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen und jeglichen Druck auf die Ukraine einzustellen.

Ich möchte daran erinnern, dass Rumänien, ebenso wie die meisten OSZE-Teilnehmerstaaten, auch an dieser Stelle mehrmals in diesem und im vergangenen Jahr seine Besorgnis über Russlands beispiellose und bedrohliche massive militärische Aufrüstung und Truppenbewegung in der Nähe der Ukraine zum Ausdruck gebracht hat. Wir haben auch auf die verstärkte Militärpräsenz Russlands in Belarus, im Schwarzen Meer und im Asowschen Meer sowie auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim hingewiesen. Ferner haben wir die dramatische Zunahme der Verletzungen der Waffenruhe entlang der Kontaktlinie in der

Ostukraine in den letzten Tagen, den Einsatz schwerer Waffen und den wahllosen Beschuss ziviler Gebiete scharf verurteilt.

Das waren Signale eines kontinuierlichen Eskalationskurses, den Russland unter Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen eingeschlagen hat, trotz der intensiven Bemühungen der transatlantischen Gemeinschaft um Deeskalation und Dialog.

Angesichts der gegenwärtigen Umstände muss die Sicherheit unserer Beobachterinnen und Beobachter in der Sonderbeobachtermission in der Ukraine gewährleistet werden. Die Mission spielt dadurch eine entscheidende Rolle, dass sie die Sicherheitslage vor Ort überwacht und darüber berichtet, und wir vertrauen darauf, dass die Generalsekretärin der OSZE und der polnische Vorsitz diesbezüglich die besten Entscheidungen treffen.

Rumänien und die gesamte demokratische internationale Gemeinschaft lehnen ein derartig unverantwortliches Vorgehen, das die Grundlagen der internationalen Beziehungen und der regelbasierten internationalen Ordnung untergräbt, entschieden ab. Das OSZE-Kernkonzept der kooperativen und umfassenden Sicherheit ist nach wie vor von größter Bedeutung, ebenso wie die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris. Alle diese Prinzipien sind gleichermaßen wichtig.

Was wir heute erleben, ist eine Aggression gegen einen unabhängigen, souveränen Staat. Rumänien bekräftigt seine nachhaltige Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Unter diesen besorgniserregenden Umständen müssen wir auch die Republik Moldau und Georgien weiter unterstützen, die ebenfalls zunehmend unter Druck durch Russland stehen und von der Verschlechterung der Sicherheitslage in der Region direkt betroffen sind. Unverbrüchlich stehen wir zu ihrer Souveränität und territorialen Integrität und zu ihrem Recht, frei über ihre eigene Außenpolitik zu entscheiden.

Die Russische Föderation muss die Konsequenzen dieses absolut rechtswidrigen Vorgehens tragen. Die internationale Gemeinschaft wird darauf mit härtesten Maßnahmen reagieren, die massive Auswirkungen nach sich ziehen und sie teuer zu stehen kommen werden. Rumänien wird in voller Abstimmung mit seinen Verbündeten und Partnern umfangreiche Gegenmaßnahmen ergreifen.

Wir fordern Russland daher mit Nachdruck zu einem verantwortungsvollen Verhalten und der Zusage auf, den Verlust von Menschenleben zu vermeiden und die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu wahren.

Rumänien bekräftigt seine volle Solidarität mit der Ukraine und mit dem ukrainischen Volk. Wir sind bereit, unseren Nachbarn weiterhin zu unterstützen, auch durch humanitäre Hilfe.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION LUXEMBURGS

Danke, Herr Vorsitzender.

Luxemburg schließt sich selbstverständlich der Erklärung an, die der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Europäischen Kommission im Namen der Europäischen Union abgegeben hat.

Welch trauriger Tag – für die Ukraine, für Europa, für uns alle.

Luxemburg verurteilt die Militäroffensive, die Russland heute Morgen gegen die Ukraine begonnen hat, auf das Allerschärfste.

Es handelt sich um eine unprovokierte und ungerechtfertigte Aggression und eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und aller Grundsätze, auf denen unser internationales System aufgebaut ist.

Mit seinem barbarischen Vorgehen gegen das ukrainische Volk will Präsident Putin die Welt terrorisieren und eine neue, auf dem Recht des Stärkeren basierende Weltordnung durchsetzen. Das werden wir nicht hinnehmen.

Luxemburg bekundet seine volle Solidarität mit der Ukraine und dem ukrainischen Volk.

Die Europäische Union wird bei den nächsten Schritten, die sie in enger Abstimmung mit ihren Partnern unternimmt, weiterhin entschlossen zusammenstehen.

Wir schließen uns denjenigen an, die jegliche Verantwortung der NATO für die derzeitige Situation entschieden zurückweisen. Die NATO, die Europäische Union und der OSZE-Vorsitz haben in den letzten Wochen zahllose Bemühungen um Dialog und Diplomatie unternommen, um zur Deeskalation beizutragen, doch ist es Russland, das den Weg der Aggression gewählt hat. Der Angriff, der heute Morgen gegen die Ukraine begonnen wurde, stellt eine noch nie dagewesene Gefahr für unsere Sicherheit im OSZE-Raum dar.

Wir sind zutiefst erschüttert über die Äußerungen von Präsident Putin von heute Morgen, in denen er allen, die versucht sein könnten, einzugreifen, mit ernststen Konsequenzen droht. Russland muss seine militärischen Aktionen sofort einstellen und seine Truppen aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abziehen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung als Anhang beizufügen.

Danke.

1358. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ESTLANDS**

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich danke den polnischen Vorsitz für die rasche Einberufung dieses in einer sehr bewegten und kritischen Zeit wichtigen Treffens. Wir schließen uns der Erklärung der Europäischen Union voll und ganz an. Darüber hinaus möchte ich einige Bemerkungen in nationaler Eigenschaft machen.

Estland verurteilt den offenen und großräumigen militärischen Angriff Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste. Ich habe das selbst heute Morgen in Kyjiw miterlebt. Es gibt schlichtweg keine Rechtfertigung für das Vorgehen Russlands. Wir verurteilen auch die Beteiligung von Belarus an dieser Aggression gegen die Ukraine. Die Aggression Russlands gegen die Ukraine dauert nun schon acht Jahre, und nun zeigt Präsident Putin sein wahres Gesicht, indem er einen regelrechten Krieg gegen ein souveränes Land vom Zaun bricht. Die russische Behauptung, dass andere – die Ukraine und die NATO – irgendwie für die Geschehnisse verantwortlich seien, entbehrt jeder Grundlage. Russlands Entscheidung, seinen friedlichen Nachbarn anzugreifen, ist der endgültige Bruch mit dem Völkerrecht und der größte Verstoß gegen seine Grundsätze und die Verpflichtungen, die in der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und anderen Basisdokumenten niedergelegt sind.

Es ist offensichtlich, dass die heutige Entscheidung Präsident Putins, eine großräumige Invasion in der Ukraine zu beginnen, bereits seit einiger Zeit genau geplant war. Während die Verbündeten und Partner, insbesondere die Vereinigten Staaten, erhebliche diplomatische Anstrengungen unternahmen, um den Konflikt abzuwenden, zog Russland weiterhin Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammen. Russland hat nicht auf die Aufforderungen zur Diplomatie gehört, und heute kann es keinen Zweifel mehr an den Absichten Putins geben. Das bedeutet, dass alle Auftritte Russlands auf der internationalen Bühne, einschließlich seiner Erklärungen und Bezugnahmen auf das Völkerrecht, von Anfang an unaufrichtig waren. Bei der Rechtfertigung seiner Maßnahmen hat Russland sowohl die internationale Gemeinschaft als auch seine eigenen Bürgerinnen und Bürger belogen und tut das auch weiterhin.

Russlands Vorgehen verstößt in jeder Hinsicht gegen die Menschlichkeit und die Regeln der friedlichen diplomatischen Beilegung von Streitigkeiten. Dieser Angriff ist ein Verbrechen am ukrainischen Volk.

Die Sicherheit der Ukraine ist die Sicherheit Europas. Die Aggression Russlands darf nicht ungestraft bleiben. Wir müssen sofort handeln, um Russland massive und schwerwiegende Kosten aufzuerlegen. Wir stehen weiterhin an der Seite der Ukraine und des ukrainischen Volkes. Wir müssen der Ukraine so viel politische und praktische Unterstützung wie möglich zukommen lassen und ihr auch die Mittel zur Selbstverteidigung an die Hand geben. Die internationale Gemeinschaft muss eine starke und geschlossene politische Botschaft aussenden und gemeinsam Russlands rechtswidrige Handlungen verurteilen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal dieser Sitzung.

Danke. Slawa Ukrajini!

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION MOLDAUS

Herr Vorsitzender,

wir bedauern zutiefst, dass heute die Waffen über die Diplomatie den Sieg davongetragen haben.

Die Republik Moldau schließt sich der internationalen Gemeinschaft an und verurteilt den kriegerischen Akt der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf das Schärfste.

Dieser Akt ist nicht nur ein Angriff auf die Ukraine. Er stellt einen Bruch des Völkerrechts und eine schwerwiegende Verletzung der grundlegenden Dokumente und Prinzipien dar, auf denen diese Organisation und die internationale Ordnung beruhen.

Diese Prinzipien sind allgemein bekannt und anerkannt: souveräne Gleichheit, territoriale Integrität, Unverletzlichkeit der Grenzen, Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Erfüllung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen. Alle Staaten müssen diese Grundprinzipien hochhalten und achten und dürfen sie keinesfalls umdeuten oder verletzen.

Die Republik Moldau bekräftigt ihre entschlossene und unverbrüchliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Wir haben stets zu einem fortgesetzten Dialog aufgerufen, mit dem Ziel, die Spannungen an den Grenzen der Ukraine abzubauen.

Wir rufen die anderen Staaten dazu auf, diesem seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa beispiellosen Einsatz militärischer Gewalt nicht zu folgen und nicht zuzulassen, dass ihr Hoheitsgebiet zu diesem Zweck benutzt wird.

Wir als neutrales Land fordern die Russische Föderation auf, die Anwendung militärischer Gewalt unverzüglich einzustellen und auf den Weg der Diplomatie, des Dialogs

und der Zusammenarbeit zurückzukehren, da dies die einzigen Mittel sind, um Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent zu gewährleisten.

Die Regierung der Republik Moldau hat soeben das Parlament ersucht, den Ausnahmezustand über das Land zu verhängen. Die Bürgerinnen und Bürger der Republik Moldau, die sich in der Ukraine aufhalten, wurden aufgefordert, unverzüglich nach Hause zurückzukehren. Der Luftraum über der Republik Moldau wurde geschlossen, Flüge mit dem Ziel Chişinău wurden umgeleitet.

An den Grenzübergängen zwischen der Republik Moldau und der Ukraine ist ein beträchtlicher Anstieg des Zustroms von Personen zu verzeichnen, und die Behörden richten Migrationszentren ein. In den letzten Stunden sind bereits mehr als 5 000 Flüchtlinge aus der Ukraine in das Hoheitsgebiet der Republik Moldau eingereist. Die moldauischen Behörden verstärken ihre Anstrengungen, um den immer stärker werdenden Zustrom von Menschen aus der Ukraine aufzunehmen, doch werden wir die Unterstützung unserer Partner benötigen, um die Situation zu bewältigen.

Abschließend möchte ich die unerschütterliche Unterstützung Moldaus für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bekräftigen.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

1358. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GEORGIENS**

Sehr geehrter Amtierender Vorsitzender,
sehr geehrter Minister Kuleba,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Angriff Russlands auf die Ukraine in den frühen Morgenstunden des heutigen Tages, der einen eklatanten Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen und die Schlussakte von Helsinki darstellt, hat uns alle entsetzt.

In dieser Stunde ist die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine noch in vollem Gange. Dieses Vorgehen verstößt gegen die Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der Schlussakte von Helsinki und steht im Widerspruch zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen Russlands.

In der Tat wiederholt sich damit das Szenario einer regelrechten Invasion, wie sie auch mein Land erlebt hat. Damals begann es mit der Aufwiegelung und Unterstützung von Marionettenregimen in den georgischen Regionen Abchasien und Zchinwali, worauf 2008 unter erfundenen Vorwänden eine großflächige militärische Invasion folgte, deren Folge die illegale Besetzung dieser Gebiete war; kurz nach der Unterzeichnung einer Waffenruhevereinbarung erkannte Russland die besetzten Gebiete als souverän an, anstatt die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, und schuf damit die Voraussetzungen für ihre faktische Annexion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute geht es nicht mehr um die Ukraine oder Georgien oder irgendein anderes Land. Der Frieden und die Sicherheit in Europa und darüber hinaus stehen auf dem Spiel. Wenn wir diesem Krieg nicht Einhalt gebieten, werden die Auswirkungen weit über die Ukraine und sogar über Europa hinaus zu spüren sein und noch schrecklichere Folgen haben.

Wir alle sollten geschlossen die Grundlagen des regelbasierten internationalen Systems verteidigen. In diesem Sinne fordern wir Russland auf, seine Aggression sofort einzustellen und alle Truppen aus der Ukraine und ihrer unmittelbaren Nachbarschaft abzuziehen. Wir schließen uns den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft an,

Russland zurück an den Verhandlungstisch zu bringen und wieder zur Einhaltung des Völkerrechts zu bewegen.

Angesichts der dramatischen Berichte aus der Ukraine teilen wir die heute geäußerte Sorge um die Sicherheit des OSZE-Personals in der Ukraine, unter dem sich auch einige Dutzend georgischer Staatsangehöriger befinden, die in der Sonderbeobachtermission in der Ukraine tätig sind. Ihre Sicherheit und ihr Wohl sind für uns alle von größter Wichtigkeit.

Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einschließlich der Krim und des Donbass.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des heutigen Tags beifügen zu lassen.

1358. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ISLANDS**

Heute erleben wir, wovor wir uns am allermeisten gefürchtet haben.

Obwohl der diplomatische Weg geebnet war und offen stand, hat Russland einen anderen Weg gewählt – einen Weg des Krieges, der Zerstörung und menschlichen Leids.

Island verurteilt den brutalen und unprovzierten Angriff Russlands auf die Ukraine auf das Allerschärfste. Das Vorgehen Russlands ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, und steht im völligen Widerspruch zur Schlussakte von Helsinki.

Island bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine. Wir sind mit den Menschen in der Ukraine. Russland muss einen hohen wirtschaftlichen und politischen Preis für seine Taten zahlen. Island steht im Hinblick darauf fest an der Seite seiner Freunde und Verbündeten.

Wir fordern die Russische Föderation auf, ihre Streitkräfte unverzüglich zurückzuziehen und ihre ungerechtfertigte Invasion der Ukraine zu beenden. Unschuldige Zivilpersonen, die absolut nichts Unrechtes getan haben, müssen schon jetzt leiden, Menschen sind bereits ums Leben gekommen, und die weiteren Folgen sind absehbar; sie werden nicht nur für die Ukraine verheerend, sondern auch für ganz Europa und die Welt dramatisch sein.

Ich ersuche um Aufnahme meines Beitrags als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK

Die Tschechische Republik verurteilt den unprovokierten und nicht zu rechtfertigenden Angriffsakt Russlands gegen die Ukraine auf das Schärfste.

Russland hat den Weg der Gewalt gegen ein souveränes, unabhängiges und demokratisches Land gewählt.

Dieser Angriff stellt einen eklatanten Verstoß gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts sowie gegen die Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE dar.

Er ist ein Angriff auf die regelbasierte Ordnung und eine schwere Bedrohung für die euroatlantische Sicherheit.

Wir fordern Russland nachdrücklich auf, seine militärische Aggression unverzüglich einzustellen und die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu achten.

Wir stehen fest an der Seite der Menschen in der Ukraine. Unsere Regierung wird zusätzliche materielle und humanitäre Hilfe in Höhe von 12 Millionen Euro zur Unterstützung der Ukraine bereitstellen.

Russland wird mit der Reaktion der internationalen Gemeinschaft und den schwerwiegendsten Konsequenzen für seine Handlungen und sein Verhalten rechnen müssen.

Dem gesamten OSZE-Personal, das sich derzeit als unparteiisches internationales Element auf ukrainischem Boden aufhält, muss Sicherheit gewährt werden, und es muss entsprechend behandelt werden.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

1358. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FINNLANDS**

Herr Vorsitzender,

Finnland schließt sich der Europäischen Union vollinhaltlich an und möchte in nationaler Eigenschaft einige Anmerkungen hinzufügen.

Ich möchte Ihnen, Herr Vorsitzender, für Ihr rasches Handeln und die Einberufung des heutigen Treffens des Ständigen Rates danken.

Herr Vorsitzender,

der heutige Morgen hat Europa und die Welt erschüttert. Unsere Gedanken sind bei der Ukraine und den Ukrainerinnen und Ukrainern.

Finnland verurteilt den durch nichts provozierten Einmarsch der Streitkräfte der Russischen Föderation in die Ukraine auf das Schärfste. Das Vorgehen Russlands richtet sich gegen die Ukraine, ist aber auch ein Angriff auf die gesamte europäische Sicherheitsordnung. Der Angriff bedroht das Leben der Zivilbevölkerung und ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht und die Grundprinzipien der regelbasierten internationalen Ordnung.

Russland sollte seine militärischen Operationen sofort einstellen. Russlands Aggression gefährdet den Weltfrieden und die internationale Sicherheit.

Finnland unterstützt nachdrücklich die Unabhängigkeit, Souveränität, Selbstbestimmung und territoriale Integrität der Ukraine.

Wir empfinden tiefes Mitgefühl mit den Ukrainerinnen und Ukrainern in dieser äußerst dramatischen Situation. Finnland wird nach Möglichkeiten suchen, seine bilaterale Unterstützung für die Ukraine weiter zu verstärken und sich auch innerhalb der EU dafür einzusetzen, dass mehr getan wird.

Herr Vorsitzender,

wir fordern Russland auf, das humanitäre Völkerrecht uneingeschränkt zu achten.

Wir appellieren auch an Russland, die Sicherheit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine zu gewährleisten.

Herr Vorsitzender, ich bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung als Anhang zum Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ALBANIENS

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir wussten, dass es so kommen würde, und doch kam der Beginn des russischen Militärschlags gegen die Ukraine heute für viele überraschend. Denn obwohl wir es wussten, hofften wir immer noch, dass die russische Führung im letzten Moment zur Vernunft kommen würde, dass sie im letzten Moment von einem so verhängnisvollen, so schrecklichen Schritt Abstand nehmen würde. Wir verurteilen diese Aggression auf das Schärfste, aber leider können Worte nicht ausdrücken, wie tief unsere Bestürzung, wie groß unsere Wut, unser Schmerz ist.

Und Worte können auch nicht mit dem nötigen Nachdruck unsere Entschlossenheit vermitteln, wie vereint ganz Europa, die ganze Welt heute gegen diesen Akt der illegalen Aggression gegen einen souveränen Staat im Herzen Europas zusammensteht.

Lassen Sie sich nicht täuschen, das ist nicht nur ein Angriff auf die Ukraine, das ist ein Angriff auf die Sicherheitsarchitektur Europas, auf die regelbasierte internationale Ordnung – dieselbe regelbasierte Ordnung, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Grundlage für das friedliche Zusammenleben in Europa bildet, seit dem Ende eines anderen Krieges, der unsägliches Leid verursacht hat und von einem weiteren Diktator angezettelt wurde, der vermeintliche historische Missstände beseitigen und seinem zerfallenen Reich zu neuem Ruhm verhelfen wollte.

Die Welt steht heute an einem vergleichbaren Scheideweg. Ich freue mich jedoch, dass es anders als damals diesmal kein „München“ geben wird und die demokratische Welt geschlossen gegen diesen illegalen Akt der Aggression gegen ein unabhängiges souveränes Land auf Grundlage falscher Behauptungen über einen angeblichen Völkermord auftritt. Dass diese Behauptungen falsch sind, hat die Sonderbeobachtermission in der Ukraine gezeigt, deren Erkenntnisse heute von Russland bestritten werden, nicht weil Russland etwa Argumente oder Fakten vorzubringen hätte, sondern einfach aufgrund frei erfundener Nachrichten und Behauptungen.

Die Verantwortung für diese Tragödie, die sich vor unseren Augen abspielt, liegt bei der russischen Führung, aber leider werden die Folgen das Leben von Millionen unschuldiger Menschen in Russland und der Ukraine verändern. Die russische Führung sollte sich einen Moment Zeit nehmen, um den Schrecken in den Augen einfacher Menschen wahrzunehmen, die in U-Bahn-Stationen kauern, in den Augen ukrainischer Kinder, deren Schuld einzig und allein darin liegt, in einem Land geboren zu sein, dessen Existenz die russische Führung nicht wahrhaben will – und zu verstehen zu versuchen, welche schrecklichen Folgen ihre rechtswidrigen Aktionen haben.

Der Angriff auf die Ukraine ist ein Verbrechen. Es gibt kein anderes Wort dafür. Punktum.

Deshalb muss die Reaktion der OSZE-Teilnehmerstaaten und der internationalen Gemeinschaft insgesamt entschlossen, koordiniert und mit unmittelbaren Konsequenzen erfolgen. Wir können, dürfen und werden uns dieser internationalen Verantwortung nicht entziehen.

Unsere Anstrengungen sollten in diesem Moment zuvorderst dem Schutz der Menschen gelten. Unsere Gedanken sind bei den Menschen in der Ukraine, einschließlich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OSZE.

Albanien bekräftigt seine Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, unter Einschluss der Krim und ihrer Hoheitsgewässer.

In dieser kritischen Phase werden wir in enger Abstimmung mit unseren Partnern alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen und in der OSZE, der Europäischen Union, der NATO, dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und allen anderen internationalen Foren weiterhin solidarisch an der Seite der Ukraine, ihrer Bevölkerung und ihrer Regierung stehen.

Ich bitte höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieser Sitzung.

Danke.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION BELGIENS

Herr Vorsitzender,

Belgien schließt sich den Ausführungen der Europäischen Union vollinhaltlich an. Gestatten Sie mir, angesichts des Ernstes der Lage auch in nationaler Eigenschaft das Wort zu ergreifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben derzeit eine der dunkelsten Stunden in der Geschichte Europas.

Lassen Sie mich zunächst unsere unmissverständliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bekräftigen.

Ich verurteile die Aggression Russlands gegen die Ukraine, die ohne jegliche Bedrohung oder gar Provokation von ukrainischer Seite erfolgte, auf das Schärfste.

Mit seinem Vorgehen verstößt Russland gröblich gegen die Grundsätze des Völkerrechts und die im Rahmen der OSZE vereinbarten Verpflichtungen. Die internationale Ordnung, die die Grundlage für den Frieden in Europa und in der Welt bildet, ist in ihrem Innersten gefährdet.

In den letzten Monaten hat sich Russland auf den Grundsatz der Unteilbarkeit der Sicherheit berufen und gefordert, dass kein Staat Entscheidungen, die seine Sicherheit betreffen, zum Nachteil der Sicherheit anderer Staaten treffen dürfe. Moskau hat gegen die Prinzipien, auf die es sich berufen hat, gerade selbst eklatant verstoßen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind offen für den Dialog geblieben und haben mehrfach neue Kommunikationskanäle eröffnet; Russland hat sie abgelehnt und begeht nun einen nicht wiedergutzumachenden Fehler. Gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten sind wir dabei, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, die für Russland massive Konsequenzen und hohe Kosten nach sich ziehen werden.

Wir fordern Russland auf, diese Aggression unverzüglich zu beenden, das humanitäre Völkerrecht in vollem Umfang zu achten und allen Menschen in Not Zugang und Hilfe zu gewähren sowie die Sicherheit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine zu gewährleisten.

Meine ganze Unterstützung gilt den Menschen in der Ukraine und meine Gedanken sind bei ihnen. Ihnen stehen Verluste an Menschenleben und großes Leid bevor. Ich möchte noch einmal unsere Botschaft bekräftigen, dass wir entschlossen und solidarisch zu ihnen stehen.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION MONTENEGROS

Herr Vorsitzender,

wir danken Ihnen für die umgehende Einberufung dieser erweiterten Sitzung des Ständigen Rates. Montenegro schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an. Gestatten Sie mir jedoch, einige Themen zu unterstreichen, die für Montenegro von besonderer Bedeutung sind.

Die Eskalation der Sicherheitslage durch den russischen Einmarsch in das Hoheitsgebiet der Ukraine ist äußerst besorgniserregend. Wir unterstützen voll und ganz die gemeinsame Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden und der Generalsekretärin der OSZE und ihre scharfe Verurteilung des russischen Militärschlags gegen die Ukraine.

Diese ohne vorherige Provokation erfolgte militärische Aggression ist ein weiterer eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht sowie gegen die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Sie gefährdet das Leben von Millionen von Menschen und stellt eine ernsthafte Bedrohung für die euroatlantische Sicherheit dar. Wir fordern Moskau auf, alle militärischen Aktivitäten sofort einzustellen, die Truppen abzuziehen und die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu achten. Wir verurteilen auch die Beteiligung von Belarus an dieser Aggression gegen die Ukraine und fordern das Land auf, seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten.

Wir bekräftigen, dass der einzige Weg zu einem dauerhaften Frieden über diplomatische Verhandlungen führt. Es kann keine militärische Lösung des Konflikts geben. Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und der Verzicht auf die Anwendung von Gewalt sind Grundprinzipien des Völkerrechts, die im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und der Schlussakte von Helsinki stehen. Zu diesem Zweck muss Russland konkrete Schritte setzen und seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen – seine Militäroperation einstellen und an den Verhandlungstisch zurückkehren. Wir fordern Russland auf, sich für den Frieden zu entscheiden – und nicht für den Krieg.

Herr Vorsitzender,

vor noch nicht allzu langer Zeit schien Krieg undenkbar, nun liegt sein Schatten über ganz Europa. Das russische Vorgehen gefährdet die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur und die regelbasierte internationale Ordnung. Es gibt nur einen Ausweg aus dieser Situation, der meines Erachtens keinen einzelnen Teilnehmerstaat begünstigt, sondern Stabilität und Sicherheit im gesamten OSZE-Raum wiederherstellt.

Wir alle müssen uns verantwortungsvoll verhalten und uns zu den einstimmig vereinbarten und akzeptierten Normen und Prinzipien des Völkerrechts bekennen. Das ist eine solide Ausgangsbasis für unsere Bemühungen um nachhaltige Sicherheit in Europa. Die OSZE stellt eine umfassende und wertvolle Plattform dar, ein Gremium, in dem jeder Teilnehmerstaat jedes Sicherheitsanliegen ansprechen kann. Als solche sollte sie in vollem Umfang genutzt werden, damit sie zur Stärkung von Frieden und Sicherheit in Europa beitragen kann.

Abschließend möchte ich die entschlossene Unterstützung Montenegros für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bekräftigen. Wir stehen in diesen schwierigen Zeiten an der Seite der Ukraine und ihrer Bevölkerung.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Danke.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER NIEDERLANDE

Herr Vorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
lieber Dmytro,

die Niederlande schließen sich der vom Hohen Vertreter Borrell im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung uneingeschränkt an. Die folgende Erklärung gebe ich in nationaler Eigenschaft ab.

Heute Morgen wurde die Welt durch einen nicht zu rechtfertigenden, unprovokierten und rechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine erschüttert.

Die Niederlande verurteilen diese Kriegshandlung auf das Schärfste.

Es handelt sich um einen massiven Angriff auf einen souveränen und unabhängigen Staat, wie es ihn in der jüngeren europäischen Geschichte noch nie gegeben hat.

Es ist auch eine rechtswidrige und nicht hinnehmbare Handlung. Wie bereits von anderen gesagt wurde, ist Russland, und Russland allein, für das Blutvergießen in der Ukraine verantwortlich.

Russlands militärische Invasion ist ein eklatanter Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen, das Budapester Memorandum und die in OSZE-Dokumenten wie der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris niedergelegten Grundsätze.

Nun hat aber Russland alle diese Dokumente ja selbst unterzeichnet – und hat sich jetzt dazu entschlossen, die Fundamente des Völkerrechts und der internationalen Sicherheitsarchitektur zu ignorieren und zu unterminieren.

Das steht natürlich im Widerspruch zu allen russischen Zusagen und Verpflichtungen.

In den vergangenen Wochen hat Russland mit der bewussten Verbreitung falscher Informationen die internationale Gemeinschaft und seine eigene Bevölkerung getäuscht.

Es hat die diplomatischen und vertrauensbildenden Maßnahmen der letzten Jahre schlichtweg missachtet.

Russland muss sein militärisches Vorgehen sofort, vollständig und bedingungslos einstellen.

Es muss alle seine Truppen aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet abziehen und sich um eine diplomatische Lösung bemühen.

Unseren ukrainischen Freunden und Partnern möchte ich sagen: Seien Sie versichert, dass wir in dieser schwärzesten Stunde an Ihrer Seite stehen.

Wir unterstützen die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine.

Und an die russische Delegation: Ich versichere Ihnen, dass wir die Führung Ihres Landes für ihre zerstörerischen Taten in vollem Umfang zur Verantwortung ziehen werden.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ANDORRAS

Herr Vorsitzender,

Andorra bringt angesichts der jüngsten militärischen Angriffe in der Ukraine seine größte Besorgnis über die sich verschlechternde Sicherheitslage in dem und um das Land zum Ausdruck.

Wir verurteilen die Anwendung von Gewalt auf das Schärfste und rufen zur Achtung der Grundsätze des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen und der Schlussakte von Helsinki auf.

Andorra steht hinter der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und bekundet seine volle Solidarität mit den ukrainischen Behörden und der ukrainischen Bevölkerung.

Wir appellieren an alle Parteien, einen Dialog aufzunehmen und die diplomatischen Kanäle und internationalen Mechanismen vollständig auszuschöpfen. Es ist noch nicht zu spät für Diplomatie und die Suche nach einer friedlichen, politischen und bestandfähigen Lösung des Konflikts in der Ostukraine.

Der diplomatische Weg und der Dialog müssen die Oberhand gewinnen. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, einen Weg zu finden, dieser dramatischen militärischen Entwicklung Einhalt zu gebieten und zu verhindern, dass die Zivilbevölkerung leiden muss.

Andorra unterstützt nachdrücklich die wertvolle Arbeit, die die OSZE vor Ort durch ihre Sonderbeobachtermission in der Ukraine leistet.

Danke.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION NORWEGENS

Herr Vorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
Exzellenzen,

Norwegen verurteilt den Angriff Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste. Er ist absolut unentschuldig, durch nichts provoziert und verantwortungslos. Russland trägt die volle Verantwortung für diese Krise. Wir verurteilen auch Belarus dafür, diesen Angriff ermöglicht zu haben.

Trotz aller Aufforderungen an Russland, seinen Kurs zu ändern, und trotz unermüdlicher Bemühungen um eine diplomatische Lösung ist ein grausames Szenario Wirklichkeit geworden. Die wiederholten Zusicherungen Russlands, es habe nicht die Absicht, die Ukraine anzugreifen, waren nichts als Lügen. Ebenso verlogen ist der Vorwand des Völkermords oder der Bedrohung Russlands durch die Ukraine.

Wir hätten von Russland Besseres erwartet. Diese rücksichtslose Kriegshandlung liegt eindeutig nicht im Interesse des russischen Volkes.

Der Angriff ist ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, und steht im völligen Widerspruch zu den OSZE-Verpflichtungen Russlands. Er stellt einen Akt der Aggression gegen ein unabhängiges, friedliches Land dar. Ein Land, das auf die uneingeschränkte Unterstützung durch Norwegen zählen kann.

Norwegen fordert Russland auf, die militärischen Angriffe zu beenden und alle seine Streitkräfte unverzüglich, vollständig und bedingungslos aus der Ukraine abzuziehen. Wir fordern Russland dringend auf, mit Anstand zu handeln und zum Dialog zurückzukehren.

Wir fordern Russland außerdem auf, das Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts, zu achten und den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, die durch den russischen Militärangriff in große Gefahr geraten ist.

Als OSZE-Teilnehmerstaat unterstützen wir die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), auch personell. Wir sind sehr besorgt über die Sicherheit der

Beobachterinnen und Beobachter. Wir erwarten von Russland, dass es das Mandat der SMM respektiert und die Sicherheit des Personals der Mission gewährleistet.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal die unerschütterliche Unterstützung Norwegens für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bekräftigen. Unsere Gedanken sind beim ukrainischen Volk.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal der Sitzung als Anhang beizufügen.

1358. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SLOWENIENS**

Slowenien schließt sich der Erklärung im Namen der Europäischen Union an; gestatten Sie mir jedoch, einige der Aussagen als Vertreterin meines Landes hervorzuheben.

Dies ist bereits die dritte Sondersitzung des Ständigen Rates in dieser Woche, da sich die Ereignisse um die und in der Ukraine überschlagen.

Wir schließen uns der gesamten OSZE-Gemeinschaft an und verurteilen die unprovokierte und beispiellose militärische Aggression von Russland und Belarus gegen die Ukraine auf das Schärfste.

Ihr sind wochenlange intensive diplomatische Bemühungen vorausgegangen, die Drohungen und Eskalationen zu beenden. Heute heißt es, die Diplomatie sei gescheitert. Aber hatte Moskau wirklich jemals echtes Interesse an ihrem Erfolg? Oder diente sie nur als Vorwand, um Zeit zu gewinnen?

Zur Veranschaulichung: Wochenlang behaupteten höchste russische Vertreter, dass die Truppen an der ukrainischen Grenze nur Teil regelmäßiger Übungen seien und dass diejenigen, die Russland Invasionsvorbereitungen unterstellen, diejenigen seien, die eine Eskalation der Spannungen betrieben. Sie versicherten sogar persönlich, dass Russland nichts zur Verschärfung der Krise tun werde.

Für die äußerst bestürzenden Bilder, die uns heute aus ukrainischen Städten erreichen, ist nicht ein Mangel an diplomatischen Bemühungen verantwortlich. Die Verantwortung dafür liegt bei zwei OSZE-Teilnehmerstaaten, die in eklatanter Weise das Völkerrecht verletzen, unsere gemeinsamen Grundsätze völlig missachten und zeigen, dass ihren Zusagen und Zusicherungen überhaupt nicht zu trauen ist.

Die Aggression gegen die Ukraine, die auch Cyber- und hybride Kriegsführung einschließt, ist eine direkte Bedrohung für die europäische Sicherheit und die weltweite Stabilität. Und eben jetzt bringt sie das Leben der Zivilbevölkerung in Gefahr und bedroht gleichzeitig die Sicherheit der Mitglieder der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine.

In diesem Zusammenhang finden wir es besonders zynisch, dass Russland Anfang dieser Woche in eben diesem Saal erklärt hat, dass die Entscheidung, bestimmte Regionen der Ukraine anzuerkennen, aus humanitären Gründen erfolge. Eine Aggression hat niemals etwas Humanitäres an sich.

Wir fordern Russland auf, mit diesem Wahnsinn aufzuhören und seine Verpflichtungen einzuhalten, sich an das Völkerrecht zu halten und zu den diplomatischen Gesprächen zurückzukehren. Wir fordern das belarussische Regime auf, sich nicht länger zum Komplizen dieser verabscheuungswürdigen Tat zu machen.

Slowenien bekräftigt seine unverbrüchliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und wird niemals eine territoriale oder politische Veränderung als Folge der Anwendung von Gewalt akzeptieren. Wir werden alle Maßnahmen unterstützen, die als Reaktion auf diese Invasion ergriffen werden.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der Sitzung.

Danke.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION VON SAN MARINO

Herr Vorsitzender,

die Republik San Marino ist entsetzt und bestürzt über die Nachricht von heute Morgen.

Wir teilen die große Besorgnis der Europäischen Union und schließen uns ihrer Aufforderung an die Russische Föderation an, die laufenden Militäroperationen unverzüglich einzustellen: Sie gefährden den internationalen Frieden und die weltweite Sicherheit.

Wir verurteilen diesen Rückgriff auf Krieg und Gewalt auf das Schärfste und missbilligen jede Aktion, die gegen das Völkerrecht und das humanitäre Völkerrecht verstößt. Krieg bringt keine Lösungen, sondern nur Leid für die betroffene Bevölkerung, Trauer und Zerstörung.

San Marino möchte die Russische Föderation mit Nachdruck auffordern, ihre Kriegshandlungen im gemeinsamen Interesse des Friedens unverzüglich einzustellen und den Dialog über die gemeinsame Sicherheit unverzüglich wieder aufzunehmen.

Wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, sagte, „können und müssen alle Probleme – auch die schwierigsten – im diplomatischen Rahmen angegangen und gelöst werden“.

San Marino fordert die Einbindung internationaler Organisationen und insbesondere der verschiedenen uns zur Verfügung stehenden OSZE-Mechanismen, damit die humanitäre Hilfe für die betroffene Zivilbevölkerung und die Sicherheit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine gewährleistet werden ist.

Wir lehnen Krieg in jeglicher Form ab und unterstützen jede multilaterale oder bilaterale diplomatische Initiative, die sich an den Grundsätzen der Förderung des Dialogs und des Friedens, der Verteidigung der Menschenrechte und des Völkerrechts orientiert.

San Marino erinnert an seine uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität, Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieser Sitzung.

Danke, Herr Vorsitzender.

1358. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LITAUENS**

Herr Vorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Litauen schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an. Angesichts des Ernstes der Lage und ihrer entscheidenden Bedeutung für den Weltfrieden und die globale Sicherheit gestatten Sie mir, mich dazu in nationaler Eigenschaft zu äußern.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die unverzügliche Anberaumung unseres heutigen Treffens. Wir würdigen den polnischen OSZE-Vorsitz und seine Führungskompetenz in den letzten Wochen und Monaten bei dem Versuch, Wege zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in unserer Region zu finden.

Der 24. Februar wird als tragischer Tag in die europäische Geschichte eingehen:

- als Tag, an dem die regelbasierte internationale Ordnung von Russland eklatant verletzt wurde;
- als Tag, an dem alle unsere Bemühungen um Frieden und Sicherheit in Europa von Russland auf schändliche Weise zunichtegemacht wurden;
- als Tag, an dem eine grauenvolle Militärintervention gegen einen souveränen europäischen Staat auf europäischem Boden begonnen hat.

Die Aggression Russlands gegen die Ukraine begann vor acht Jahren. Sie erfolgte verdeckt durch Soldaten ohne Hoheitsabzeichen. Heute sind alle Hoheitsabzeichen zu sehen, die Masken sind gefallen, Die eklatante Verletzung des Völkerrechts, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und des Budapester Memorandums, ist für alle offenkundig.

Darüber hinaus macht sich das das nicht legitimierte Regime in Minsk zum Komplizen der Aggression des Kremls, indem es sein Hoheitsgebiet zur Verfügung stellt.

Bedauerlicherweise hat Russland eine diplomatische Lösung verworfen und den Weg der schwerwiegenden Eskalation und militärischen Aktion beschritten.

Wir müssen dafür sorgen, dass der Hauptverantwortliche dieses verbrecherischen Angriffs auf die Ukraine den Preis dafür bezahlen muss. Die Sanktionen müssen äußerst hart sein, um Russland und Belarus in Zukunft von vergleichbaren Taten abzuschrecken

Der heutige Angriff Russlands auf die Ukraine ist ein Verbrechen der Aggression nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs. Er ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht und die Grundprinzipien der regelbasierten internationalen Ordnung.

Russland trägt die volle Verantwortung für diesen Akt der Aggression und für alle Zerstörungen und Menschenleben, die er fordern wird. Die internationale Gemeinschaft sollte und wird das niemals vergessen.

Wir fordern Russland nachdrücklich auf, seine militärische Aggression unverzüglich einzustellen und alle seine Streitkräfte aus dem gesamten Hoheitsgebiet der souveränen Ukraine sowie aus Belarus abzuziehen.

Ich glaube, dass Angehörige des diplomatischen Dienstes und des Staatsdienstes in Russland und die russische Bevölkerung im Allgemeinen verstehen, was vor sich geht. Ich hoffe, dass sie sich nicht zu Komplizen dieses eklatanten Verstoßes gegen das Völkerrecht machen wollen. Ich appelliere an sie, aufzustehen und ihre Stimme zu erheben. Wenn uns die Geschichte etwas gelehrt hat, dann dieses: Aggressoren gewinnen nie. Sie verlieren immer.

Heute Morgen hat Litauen in einer gemeinsamen Erklärung mit Lettland und Estland seine entschlossene Unterstützung für die Ukraine und das ukrainische Volk zum Ausdruck gebracht. Litauen steht an der Seite des ukrainischen Volkes und seiner demokratisch gewählten Institutionen und Vertreterinnen und Vertreter. Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen verteidigt werden – jeden Tag und von jedem Einzelnen.

Litauen, die EU und unsere transatlantischen Partner haben von Anfang an und auf höchster politischer Ebene deutlich gemacht, dass jede weitere militärische Aggression gegen die Ukraine massive Folgen haben und hohe Kosten nach sich ziehen wird. Die EU hat mit der Verabschiedung von Sanktionen einen ersten Schritt gesetzt. Im Laufe des heutigen Tages werden die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der EU zu einer Sondertagung des Europäischen Rates in Brüssel zusammenkommen. Weitere sektorenbezogene und individuelle restriktive Maßnahmen, die vollständig mit unseren transatlantischen und gleichgesinnten Partnern abgestimmt sind, werden folgen.

Die internationale Gemeinschaft sollte alles in ihrer Macht Stehende tun, um eine Lösung für diese beispiellose Situation zu finden. Wir müssen dafür sorgen, dass der Aggressor von allen einschlägigen Entscheidungsprozessen internationaler Organisationen ausgeschlossen wird.

Wir müssen der Ukraine weiterhin jede mögliche Unterstützung zukommen lassen – politisch, wirtschaftlich, finanziell, militärisch und humanitär. Die Ukraine führt einen Krieg für unsere Zivilisation, und wir werden ihr beistehen.

Litauen steht unverrückbar an der Seite der Ukraine und ihrer Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir unterstreichen unsere unerschütterliche Unterstützung für die europäischen und euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine. Die Ukraine gehört zur europäischen Staatenfamilie. Die Versuche Russlands, der Ukraine ihre Souveränität und ihr Recht, eigene Entscheidungen zu treffen, abzusprechen, sind absolut inakzeptabel und werden keinen Erfolg haben.

Слава Україні.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte Sie, diese dieser Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1358. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MONACOS**

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Fürstentum Monaco ist äußerst besorgt über die Verschlechterung der Lage in der Ukraine.

Monaco misst der Achtung des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen und der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität aller Mitgliedstaaten sowie dem zentralen Grundsatz der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten größte Bedeutung bei.

Das Völkerrecht ist die einzige Grundlage für eine sichere Weltordnung, in der Frieden, Entwicklung und Menschenrechte gedeihen können.

Die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts sowie der Schutz der Zivilbevölkerung müssen im Mittelpunkt stehen. Es muss alles getan werden, um katastrophale humanitäre Folgen, einschließlich großer Bevölkerungsbewegungen, zu vermeiden. Das Fürstentum Monaco steht in diesen tragischen Stunden an der Seite der ukrainischen Bevölkerung.

Eine Beilegung von Streitigkeiten mittels Gewalt wird für niemanden zum Sieg führen.

Monaco unterstützt die Bemühungen des Vorsitzes und aller OSZE-Strukturen, die darauf abzielen, die militärischen Operationen so schnell wie möglich zu beenden und auf den Weg des Dialogs zurückzukehren, voll und ganz.

Danke.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION LETTLANDS

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Generalsekretärin,

danke, dass sie diese erweiterte Sitzung des Ständigen Rates so zeitnah einberufen haben.

Lettland schließt sich der Erklärung, die Joseph Borell im Namen der Europäischen Union abgegeben hat, vollinhaltlich an; ich möchte im Namen meines eigenen Landes noch einige Ergänzungen anbringen.

Heute in den frühen Morgenstunden hat die Russische Föderation eine militärische Aggression und einen unprovzierten Großangriff gegen die Ukraine gestartet. Dem war die am Montag bekannt gegebene Entscheidung des russischen Präsidenten Wladimir Putin vorausgegangen, die Unabhängigkeit der ukrainischen Hoheitsgebiete Luhansk und Donezk anzuerkennen und Truppen dorthin zu schicken. Die Truppen, die in die Ukraine einmarschieren, kommen aus dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation, aus Belarus und aus den vorübergehend von Russland besetzten Gebieten der Ukraine. Wir verurteilen auf das Schärfste, dass Belarus diesen Angriff ermöglicht und damit selbst zum Aggressor wird.

Die Führungsspitze Lettlands hat die russische Aggression scharf verurteilt. Russland, und nur Russland allein, hat sich für diese Eskalation entschieden. Es ist ein Krieg Russlands gegen die friedliche, unabhängige und demokratische Ukraine, gegen die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine – ein brutaler Verstoß Russlands gegen die Charta der Vereinten Nationen, die Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris und das Budapester Memorandum. Er verstößt auch gegen die Minsker Vereinbarungen, die Russland unterzeichnet hat. Russland hat gegen alle einschlägigen Normen und Grundsätze des Völkerrechts verstoßen, auch gegen die zwingenden Normen des Völkerrechts, die Aggression und Gewaltanwendung verbieten.

Es ist also ein Krieg Russlands gegen die Demokratie und die demokratischen Werte. Es ist der Krieg des Kremls gegen die ganze Welt, gegen uns alle, und wir alle müssen uns dagegen wehren.

Wir fordern Russland auf, seine Militäraktion unverzüglich einzustellen und alle seine Streitkräfte aus der Ukraine und ihrer Umgebung abzuziehen, das humanitäre Völkerrecht uneingeschränkt zu achten und allen Menschen in Not sicheren und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe zu gewähren. Wir rufen die Bevölkerung Russlands auf, den Kreml für diese schändliche Aktion zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Krieg, den Russland gegen die Ukraine begonnen hat, ist nicht nur ein Bruch des Völkerrechts und aller internationalen Verpflichtungen, die Russland selbst eingegangen ist, sondern auch ein Verbrechen am ukrainischen Volk. Russland steht eindeutig auf der falschen Seite der Geschichte, und alle, die diesen Krieg führen und unterstützen, werden schärfstens verurteilt und bestraft werden. Es wird keine Straffreiheit für Kriegsverbrechen geben, die [von Russland und Belarus] gegen die Ukraine begangen wurden; dafür werden wir, die internationale Gemeinschaft, sorgen.

Lettland sagt dem OSZE-Vorsitz und der Generalsekretärin der OSZE seine volle Unterstützung für alle Bemühungen um eine Deeskalation des Konflikts zu. Lettland bringt auch seine volle Unterstützung für die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) und ihre Arbeit vor Ort zum Ausdruck, da sie die Augen und Ohren der internationalen Gemeinschaft vor Ort ist, und wir danken der Generalsekretärin der OSZE und dem Leitenden Beobachter Botschafter Çevik dafür, dass sie der Sicherheit des OSZE-Personals Priorität eingeräumt haben.

Die internationale Gemeinschaft muss die Souveränität und territoriale Integrität der unabhängigen Ukraine entschlossen unterstützen. Lettland wird die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer, stets uneingeschränkt unterstützen. Demokratische Länder und internationale Institutionen, einschließlich der Europäischen Union und der NATO, stehen fest zu ihrer Ablehnung von Russlands Aggression und Imperialismus sowie zur Unterstützung der Ukraine. Wir müssen dem ukrainischen Volk sofort jede Art von Unterstützung gewähren, damit es sich verteidigen kann.

In dieser schweren Stunde stehen wir geschlossen an der Seite des ukrainischen Volkes.

Liebe ukrainische Freundinnen und Freunde, Lettland trägt seinen Teil dazu bei und ist bereit, alles zu tun, was nötig ist, um Ihnen zu helfen und Sie zu unterstützen, den vom Kreml geführten und von Belarus unterstützten unrechtmäßigen Krieg gegen Sie zu beenden und sicherzustellen, dass die von der Russischen Föderation und Belarus gegen die Ukraine begangenen Verbrechen nicht ungesühnt bleiben. Wir werden dafür sorgen, dass das den Aggressor so teuer wie möglich zu stehen kommt.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1358. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Herr Vorsitzender,

die Lage in der und um die Ukraine gibt Anlass zu großer Besorgnis. Die gravierende Verschärfung der Krise bedroht den Frieden und die Sicherheit im gesamten OSZE-Raum und untergräbt unsere gemeinsame Vision von europäischer Sicherheit.

Aserbaidschan bedauert zutiefst, dass die derzeitige Eskalation Berichten zufolge bereits Todesopfer gefordert hat. Wir sprechen den Familien der Getöteten und Verletzten unser aufrichtiges Beileid aus.

Die Situation muss mit friedlichen diplomatischen Mitteln in voller Übereinstimmung mit den Normen und Grundsätzen des Völkerrechts, die für die zwischenstaatlichen Beziehungen maßgebend sind, geregelt werden, einschließlich der Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der Grenzen sowie der gleichen und unteilbaren Sicherheit in Europa ohne Trennlinien, wie das in der Schlussakte von Helsinki verankert ist. Alle OSZE-Teilnehmerstaaten haben sich verpflichtet, diese Grundsätze gegenüber einander zu wahren.

In dieser kritischen Phase ist der Dialog wichtiger denn je. Wir rufen dazu auf, unverzüglich in Dialog zu treten, um zu verhindern, dass die Situation weiter eskaliert und die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum untergräbt.

Danke, Herr Vorsitzender.

1358. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MALTAS**

ich überbringe diese Botschaft im Namen des Ministers für auswärtige und europäische Angelegenheiten, Evarist Bartolo, der sich derzeit auf dem Heimflug befindet.

Gestatten Sie mir zunächst, dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieser dringlichen erweiterten Sitzung des Ständigen Rates mit hochrangiger Beteiligung aus den Hauptstädten zu danken. Im Anschluss an die von der Europäischen Union abgegebene Erklärung, der wir uns nachdrücklich anschließen, möchte ich in meiner nationalen Eigenschaft einige kurze Bemerkungen hinzufügen.

Malta verurteilt die groß angelegte Invasion der Russischen Föderation in die Ukraine, die mehrere Todesopfer gefordert hat, auf das Schärfste. Wir verurteilen auch die Beteiligung von Belarus an dieser Aggression gegen die Ukraine.

Diese Handlungen sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, ein unmissverständlicher Angriff auf die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine sowie eine völlige Missachtung aller Aufrufe und Versuche, die Krise zu deeskalieren.

Das ist nicht nur ein Angriff auf die Ukraine. Es ist ein Angriff auf jeden Einzelnen von uns und auf die Werte, auf denen die OSZE beruht. Das könnte die Bemühungen unserer Vorgängerinnen und Vorgänger und der internationalen Gemeinschaft zunichtemachen, die sich mit großem Einsatz darum bemüht haben, die Schlussakte von Helsinki von 1975 und den übrigen Besitzstand der OSZE zu erarbeiten.

Angesichts dieser beispiellosen und ungeheuerlichen Aggression auf europäischem Boden bekunden wir unsere volle Solidarität mit der Regierung und dem Volk der Ukraine.

Dieser Tag ist ein schwarzer Tag für die internationale Gemeinschaft, da militärische Gewalt und Macht über Dialog und Diplomatie gesiegt haben, um den Preis des Lebens und der Lebensgrundlagen von Millionen unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten. Das steht im diametralen Gegensatz zu dem, wofür die OSZE eintritt.

Das ist eine Situation, die wir niemals akzeptieren werden.

Wir schließen uns diesbezüglich unseren Partnern an und fordern Russland mit aller Entschiedenheit auf, seine militärischen Operationen unverzüglich einzustellen, alle Streitkräfte bedingungslos aus der Ukraine abzuziehen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Die OSZE bleibt eine Plattform von höchstem Wert für Dialog, Frieden und Stabilität in unserer Region. Wir fordern Russland auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und einen echten Dialog über die europäische Sicherheitsarchitektur aufzunehmen.

Wir würdigen auch die Arbeit der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) und den Mut des Personals, das Mandat der Beobachtermission trotz der Gefahren, denen es ausgesetzt ist, zu erfüllen. Wir fordern daher Russland auf, seiner Verantwortung nachzukommen und die Sicherheit der SMM und ihres Personals zu gewährleisten.

Abschließend bekräftigt Malta seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und ruft zu einer friedlichen Lösung des Konflikts auf. Noch ist es nicht zu spät für einen Sieg der Diplomatie.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ITALIENS

Herr Vorsitzender,

Italien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union voll und ganz an, möchte jedoch in nationaler Eigenschaft einige Bemerkungen hinzufügen.

Italien verurteilt den Angriff Russlands auf die Ukraine, der weder gerechtfertigt noch zu rechtfertigen ist. Eine solche Anwendung von Gewalt und Zwang hat im einundzwanzigsten Jahrhundert keinen Platz.

Die durch nichts provozierten und zu rechtfertigenden Militäraktionen Russlands gefährden das Leben unzähliger Zivilistinnen und Zivilisten, stellen eine schwere Verletzung des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen und der OSZE-Verpflichtungen dar und untergraben die europäische und globale Sicherheit und Stabilität.

Es ist bedauerlich, dass Russland trotz der unablässigen internationalen Bemühungen und der wiederholten Appelle zur Diplomatie den Weg des Krieges gegen ein souveränes und unabhängiges Land eingeschlagen hat. Wir verurteilen auch die Mitwirkung von Belarus an diesem Angriff.

Italien fordert Russland auf, seine Militäroperation sofort einzustellen, seine Streitkräfte aus der Ukraine abzuziehen und die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit der Ukraine ohne Einschränkung zu achten.

Wir arbeiten mit unseren Partnern zusammen, um sofort mit vereinten Kräften und Entschlossenheit zu reagieren.

Italien würdigt und unterstützt die Bemühungen des polnischen Vorsitzes und der Generalsekretärin um ein wirksames Handeln der Organisation angesichts einer noch nie dagewesenen Herausforderung für die gemeinsamen Grundsätze und Verpflichtungen, auf denen sie beruht.

Wir bekräftigen unsere volle Unterstützung für die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine und unsere Wertschätzung für die Arbeit unserer Beobachterinnen und

Beobachter. Wir fordern, dass alles unternommen wird, um die Sicherheit der Mitglieder der Mission zu gewährleisten.

Italien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die volle Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und steht dem ukrainischen Volk und den ukrainischen Institutionen in dieser dramatischen Zeit zur Seite.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie in aller Form, diese Erklärung dem Sitzungsprotokoll beizufügen, da sie Minister Di Maio nicht selbst abgeben konnte, weil der Oberste Verteidigungsrat Italiens derzeit tagt.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION PORTUGALS

Herr Vorsitzender,
Exzellenz,

ich danke für die Erteilung des Wortes und die Einberufung dieses dringlichen Treffens.

In dieser schweren Stunde möchte ich unsere volle Solidarität mit der Regierung und der Bevölkerung der Ukraine zum Ausdruck bringen. Unsere Gedanken sind bei ihnen.

Ergänzend zur Erklärung der Europäischen Union möchte ich einige Bemerkungen anfügen.

Erstens: Wir verurteilen die militärische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf das Schärfste und bekräftigen unsere Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Die russische Militäroffensive stellt eine schwerwiegende Verletzung des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen, unserer gemeinsam vereinbarten OSZE-Verpflichtungen und der Kernprinzipien dar, auf denen die regelbasierte internationale Ordnung beruht.

Zweitens sollte Russland seine unprovokierte Aggression unverzüglich einstellen, alle seine Streitkräfte aus dem gesamten ukrainischen Hoheitsgebiet abziehen und die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine achten. Ich möchte mich den Worten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen anschließen: „Gebt dem Frieden eine Chance. Es mussten schon zu viele Menschen ihr Leben lassen.“

Drittens sind wir zutiefst besorgt über die entsetzlichen humanitären Folgen der Militäraktionen. Das humanitäre Völkerrecht ist ohne jede Einschränkung einzuhalten.

Herr Vorsitzender,
Exzellenz,

Portugal protestiert entschieden gegen die anhaltende Aggression Russlands gegen die Ukraine, an der auch Belarus beteiligt ist. Einseitige Aktionen, die gegen die Charta der

Vereinten Nationen und grundlegende internationale Normen verstoßen, sind nicht hinnehmbar. Geben Sie sich keiner Illusion hin: Die internationale Gemeinschaft wird entschlossen reagieren, und die Verantwortlichen werden die Konsequenzen zu tragen haben.

Die gegenwärtige Aggression ist nicht von Russlands Sicherheitsbesorgnissen geleitet und es kann niemals sein, dass ein Teilnehmerstaat ein Sicherheitsproblem mit einer militärischen Aggression zu lösen versucht.

Die OSZE wurde zur Verhinderung von Konflikten und zur Erhaltung von Frieden und Stabilität geschaffen. Geleitet vom Geist von Helsinki verfügen wir hier über eine Plattform und die Instrumente, um uns mit Krisensituationen und Sicherheitsfragen zu befassen. Was einzig und allein fehlt – und das ist das Allerwichtigste –, ist der politische Wille. Wir unterstützen die Bemühungen des Vorsitzes voll und ganz und hoffen, dass das Dialogangebot dieser Organisation entsprechend genutzt wird.

Danke.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION BULGARIENS

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir danken dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieses Treffens zu einem für regelbasierte internationale Ordnung und insbesondere die Sicherheit Europas so kritischen Zeitpunkt. Bulgarien schließt sich der Erklärung an, die der Hohe Vertreter Borell im Namen der Europäischen Union abgegeben hat, und bringt seine volle Unterstützung für die Erklärungen des Amtierenden Vorsitzenden zum Ausdruck, die dieser heute abgegeben hat. Darüber hinaus möchten wir die folgenden Bemerkungen in nationaler Eigenschaft hinzufügen.

Bulgarien verurteilt die unprovokierte und ungerechtfertigte militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine auf das Schärfste. Es ist das eine gravierende Verletzung des Völkerrechts und der Verpflichtungen, die Russland im Rahmen der OSZE eingegangen ist, und eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität in Europa und weltweit. Trotz der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft hat sich Russland geweigert, den Weg der Diplomatie zu beschreiten, und sich stattdessen für die bewaffnete Aggression gegen ein souveränes und unabhängiges Land entschieden.

Wir verurteilen auch Belarus für seine Mitwirkung an der Ermöglichung des Angriffs auf die Ukraine und fordern das Land auf, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

Wir fordern Russland auf, die Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen, seine Streitkräfte ohne Vorbedingungen abzuziehen und die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine uneingeschränkt zu achten.

Russland trägt die volle Verantwortung für die Verluste an Menschenleben und das humanitäre Leid, die seine Aggression verursacht. Wir fordern Russland und die von Russland unterstützten bewaffneten Formationen auf, das humanitäre Völkerrecht zu achten. Wir fordern Russland ferner auf, die Sicherheit des OSZE-Personals in der Ukraine, einschließlich des Personals der Sonderbeobachtermission, zu gewährleisten.

Bulgarien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer. In dieser beispiellosen Krise stehen wir solidarisch an der Seite des ukrainischen Volkes, einschließlich der dortigen bulgarischen Gemeinschaft.

Bulgarien wird sich an der weiteren politischen, finanziellen und humanitären Hilfe der Europäischen Union für die Ukraine beteiligen.

Wir bekräftigen auch unsere unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens und der Republik Moldau.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieser Sitzung.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ZYPERNS

Herr Vorsitzender,

ich möchte dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieses Treffens danken.

Die Republik Zypern schließt sich der Erklärung der Europäischen Union voll und ganz an. Zusätzlich möchte ich noch einige kurze Bemerkungen als Vertreterin meines Landes hinzufügen.

Die Republik Zypern verurteilt die russische Aggression gegen die Ukraine als einen Akt, der die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine verletzt. Aufgrund unserer eigenen Erfahrung sind wir der Ansicht, dass Handlungen, die eine grobe Verletzung des Völkerrechts sowie der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen darstellen und die europäische Sicherheit und Stabilität untergraben, im 21. Jahrhundert keinen Platz haben.

Zypern fordert ein sofortiges Ende der militärischen Operationen, um weitere Verluste an Menschenleben zu vermeiden, und drängt auf eine Rückkehr zu Diplomatie und Dialog.

Die uneingeschränkte Achtung des humanitären Völkerrechts ist ebenso oberstes Gebot wie der sichere und ungehinderte Zugang für humanitäre Hilfe und die Unterstützung aller Betroffenen, die Hilfe benötigen.

Die Republik Zypern bekräftigt ihre Unterstützung für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, und wir möchten die Bevölkerung der Ukraine unserer aufrichtigen Solidarität versichern.

Schließlich bekräftigt die Republik Zypern ihre Ablehnung jeglicher Sezession, Anerkennung oder Unterstützung einer Sezession und jeglicher Form der Annexion.

Ich möchte darum ersuchen, dass diese Erklärung dem Journal des Tages beigefügt wird.

Danke.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER SLOWAKEI

Herr Vorsitzender,

die Slowakei schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an und möchte in nationaler Eigenschaft einige Anmerkungen hinzufügen.

Die Slowakei verurteilt die Entscheidung von Präsident Putin zu einer groß angelegten Offensive gegen unser Nachbarland, die Ukraine, und dessen Bevölkerung auf das Schärfste.

Dieser skrupellose und unprovokierte Angriff ist ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht und internationale Übereinkünfte, darunter die Charta der Vereinten Nationen, die Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris und das Budapester Memorandum, und eine schwerwiegende Bedrohung für die Sicherheit in Europa.

Diese militärischen Aktionen Russlands müssen sofort beendet, die russischen Streitkräfte unverzüglich aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet abgezogen und die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine geachtet und wiederhergestellt werden.

Die Slowakei erklärt erneut ihre unverbrüchliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

In diesen schrecklichen Zeiten stehen wir fest an der Seite der Menschen in der Ukraine.

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die OSZE ist und bleibt das geeignete Forum zur Behandlung aller Sicherheitsbesorgnisse von Teilnehmerstaaten.

Wir sind der festen Überzeugung, dass es bei der Behandlung jeglicher Sicherheitsbesorgnisse von Teilnehmerstaaten keine Alternative zur Diplomatie und zum substanziellen Dialog gibt.

In diesem Zusammenhang hat die Slowakei die am 8. Februar in Wien eingeleitete Initiative des polnischen Vorsitzes für einen erneuerten europäischen Sicherheitsdialog der OSZE begrüßt und unterstützt diese mit Nachdruck.

Bedauerlicherweise bestätigen die jüngsten Handlungen Russlands, dass es sich von Diplomatie und Dialog verabschiedet und den Weg der Aggression gegen ein souveränes und unabhängiges Land gewählt hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Bedeutung der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine und der Arbeit ihrer mutigen Beobachterinnen und Beobachter betonen, insbesondere zu dieser Zeitenwende. Es ist äußerst wichtig, dass die Mission ihre Arbeit fortsetzt. Russland trägt die volle Verantwortung für ihre Sicherheit und ihren Schutz.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieser Sitzung.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER TÜRKEI

Herr Vorsitzender,

danke, dass Sie zu diesem schwierigen Zeitpunkt diese Sitzung einberufen haben.

Der militärische Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine ist nicht hinnehmbar. Wir lehnen diesen Angriff ab, wie wir auch die Entscheidung zur Anerkennung der sogenannten abtrünnigen Republiken Donezk und Luhansk abgelehnt haben.

Dieser Angriff ist eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und ein Verstoß gegen die Minsker Vereinbarungen. Er stellt eine schwerwiegende Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität unserer Region und der Welt dar.

Wir setzen uns weiterhin für die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, ein und werden diese Grundsätze auch in Zukunft unterstützen.

Wir fordern die Russische Föderation auf, diesen rechtswidrigen Angriff zu beenden und auf den Weg des Dialogs und der Diplomatie zurückzukehren.

Es ist höchste Zeit, unsere OSZE-Verpflichtungen einzuhalten, einschließlich derer, die in der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und dem Dokument von Istanbul verankert sind.

Mein Land ist bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, um eine friedliche Lösung dieser Krise zu ermöglichen.

Abschließend möchte ich die Rolle der Sonderbeobachtermission in der Ukraine und die Bedeutung der Gewährleistung der Sicherheit der Beobachterinnen und Beobachter hervorheben.

Ich ersuche außerdem um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION LIECHTENSTEINS

Herr Vorsitzender,

Liechtenstein dankt dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieser erweiterten Sitzung des Ständigen Rates und für seine Bemühungen im Zusammenhang mit den äußerst besorgniserregenden Entwicklungen in der Ukraine.

Wie auch andere Länder verurteilen wir die militärische Aktion Russlands gegen die Ukraine auf das Schärfste. Dieser Angriff stellt eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und einen Verstoß gegen die grundlegenden Regeln der internationalen Ordnung einschließlich der Kernprinzipien der OSZE dar. Er markiert den unseligen Eintritt in eine neue Phase der europäischen Geschichte und bringt das Leben von Millionen von Menschen – Kindern, Frauen und Männern – in große Gefahr.

Liechtenstein fordert die Russische Föderation zur sofortigen Einstellung der Kampfhandlungen und zum unverzüglichen Abzug seiner Streitkräfte auf. Die fortwährende Verletzung des Grundsatzes des Verzichts auf die Anwendung von Gewalt ist besonders schwerwiegend, weil sie tragische humanitäre Folgen nach sich zieht und das Fundament der europäischen Sicherheitsordnung insgesamt ernsthaft in Frage stellt. Liechtenstein fordert zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und zum Schutz der Zivilbevölkerung auf. Wir müssen den schwerwiegenden humanitären Auswirkungen der aktuellen Entwicklungen weiterhin unsere größte Aufmerksamkeit widmen.

Liechtenstein erinnert auch an seine Verurteilung der Anerkennung der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der Oblaste Donezk und Luhansk durch die Russische Föderation als unabhängiger Staaten. Im Gleichschritt mit anderen Teilnehmerstaaten fordern auch wir die Russische Föderation auf, diese Entscheidung rückgängig zu machen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Herr Vorsitzender,

wir bringen unsere Solidarität mit dem ukrainischen Volk und seiner Regierung zum Ausdruck. Liechtenstein unterstreicht seine nachdrückliche Unterstützung für die

Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine, die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen und ihr Recht, selbst über ihre Beziehungen zu anderen Staaten zu entscheiden.

Liechtenstein bekräftigt seine Forderung nach einer raschen Deeskalation der Lage und nach einem konstruktiven Dialog auf der Grundlage des Völkerrechts. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die OSZE in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen kann und muss. Wir bekräftigen daher unsere nachdrückliche Unterstützung für die Bemühungen des polnischen Vorsitzes, die OSZE als Dialogplattform zu nutzen, um zu einer Deeskalation der Lage beizutragen. Ich möchte auch unsere Wertschätzung für die wichtige Arbeit der Organisation vor Ort unterstreichen, insbesondere für die Sonderbeobachtermission in der Ukraine.

Herr Vorsitzender,

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

1358. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GRIECHENLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Im Anschluss an die Erklärung der Europäischen Union, die wir voll und ganz unterstützen, möchte ich dem polnischen Vorsitz herzlich für seine rasche Entscheidung zur Einberufung des heutigen Treffens danken. Die dramatischen Entwicklungen in der Ukraine konfrontieren die internationale Gemeinschaft mit ihrer Verantwortung für den Schutz von Frieden und Sicherheit in Europa.

Lassen Sie mich zunächst betonen, dass Griechenland die Aggression Russlands gegen die Ukraine und seine Entscheidung, die ukrainischen Separatistengebiete Donezk und Luhansk als unabhängig anzuerkennen, unmissverständlich verurteilt.

Diese Handlungen stellen eine eklatante Verletzung der grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts, unserer OSZE-Verpflichtungen und der Minsker Vereinbarungen dar.

Kernprinzipien der griechischen Außenpolitik sind die Achtung der nationalen Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten sowie der Verzicht auf die Anwendung – oder Androhung – von Gewalt in den internationalen Beziehungen.

Außerdem gefährden Revisionismus und illegales Verhalten von Staaten Menschenleben. In diesem Zusammenhang sind wir äußerst besorgt über die Sicherheit der ukrainischen Bevölkerung, zu der auch eine alteingesessene griechische Gemeinde mit über 100 000 Mitgliedern gehört.

Griechenland hat beschlossen, nicht nur seine Botschaft in Kyjiw weiter zu betreiben, sondern auch sein Personal im griechischen Generalkonsulat in Mariupol, nur wenige Kilometer von der Kontaktlinie entfernt, zu verstärken. Wir haben diese Entscheidungen als Zeichen unserer unerschütterlichen Unterstützung für die Souveränität der Ukraine und auch unserer Bereitschaft, den Mitgliedern der griechischen Gemeinschaft sofortige Hilfe zu leisten, getroffen. Gleichzeitig nehmen die griechischen Beobachterinnen und Beobachter der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine weiterhin ihre Aufgaben wahr.

Griechenland wird immer daran festhalten, dass der Dialog der einzige Weg zur Beilegung von Differenzen ist. Die Anwendung von Gewalt verschiebt die Probleme nur in die Zukunft und reißt neue Wunden auf, die nur schwer verheilen.

Deshalb fordern wir Russland auf, dem Dialog eine echte Chance zu geben, indem es seine militärischen Operationen unverzüglich beendet und seine Streitkräfte aus der Ukraine abzieht.

Zugleich weisen wir darauf hin, dass es von überragender Bedeutung ist, dass das humanitäre Völkerrecht uneingeschränkt geachtet wird und Hilfe für notleidende Menschen in der Ukraine gewährleistet ist. Wir betonen auch die Notwendigkeit, für die Sicherheit der OSZE-Sonderbeobachtermission zu sorgen.

Abschließend möchten wir unsere Unterstützung für das Normandie-Format und die Trilaterale Kontaktgruppe sowie unsere Überzeugung unterstreichen, dass wir die in der OSZE verfügbaren Instrumente, Verfahren und Mechanismen, einschließlich des erneuerten europäischen Sicherheitsdialogs, in vollem Umfang nutzen sollten.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION UNGARNS

Sehr geehrter Amtierender Vorsitzender,
sehr geehrter Frau Generalsekretärin,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

wir schließen uns der Erklärung der Europäischen Union (EU) an; ich möchte jedoch einige Anmerkungen als Vertreter meines Landes hinzufügen und danke dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieser Sitzung im Angesicht des militärischen Angriffs in der Ukraine.

Ungarn steht für die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen ein. Dies hat Ministerpräsident Orbán in einem Telefongespräch mit Präsident Selenskyj deutlich gemacht. Wir haben heute Morgen auch den russischen Botschafter einbestellt, um unseren Standpunkt deutlich zu machen.

Wir betonen, wie wichtig die vollständige Einhaltung des Völkerrechts und internationaler Vereinbarungen sowie der grundlegenden Prinzipien ist, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris und dem Budapester Memorandum verankert sind.

Ein Krieg ist natürlich das schlimmstmögliche Szenario, und wir bedauern, dass alle diplomatischen Bemühungen zu seiner Verhinderung fehlgeschlagen sind. Auch wenn eine politische Lösung immer unwahrscheinlicher erscheint, dürfen wir die Hoffnung auf eine Verhandlungslösung nicht aufgeben. Wir fordern die sofortige Einstellung der militärischen Operationen.

Als Nachbarland ist dieser Krieg natürlich ein großes Sicherheitsrisiko für uns. Wir haben unsere Protokolle aktualisiert und sind bereit, die sich abzeichnende humanitäre Krisensituation zu bewältigen und Flüchtlinge aufzunehmen, die die Ukraine verlassen wollen. Wir halten den Betrieb all unserer Vertretungen in der Ukraine aufrecht, einschließlich unserer Botschaft in Kyjiw.

Wir bedauern sehr, dass die Sonderbeobachtermission in der Ukraine evakuiert werden muss, aber wir sind uns bewusst, dass dies unter den derzeitigen Umständen der klügste Weg im Hinblick auf die Zukunft ist.

Abschließend möchte ich betonen, dass Ungarn nach wie vor ein starker Befürworter der Geschlossenheit der EU und der NATO und unserer geschlossenen Position einschließlich der in Antwort auf die aktuelle Lage zu treffenden Maßnahmen ist.

Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.



1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KROATIENS

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Kroatien schließt sich der im Namen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an, und ich möchte als Vertreter meines Landes noch einige Bemerkungen hinzufügen.

Zunächst möchte ich dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieser Sitzung danken.

Kroatien verurteilt entschieden die beispiellose militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine. Diese unprovokierte und ungerechtfertigte Invasion stellt eine grobe Verletzung des Völkerrechts dar. Sie gefährdet in schwerwiegender Weise die Sicherheit und Stabilität in Europa und weltweit. Sie untergräbt die regelbasierte Weltordnung.

Wir bekunden unsere Solidarität mit dem ukrainischen Volk und bekräftigen unsere beständige und rückhaltlose Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Die Sicherheit Europas beruht, wie schon gesagt, auf dem Völkerrecht und den Kernprinzipien und -verpflichtungen, die in der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki der OSZE und allen anderen darauf folgenden OSZE-Dokumenten enthalten sind. Diese sind für Russland verbindlich. Sie sind für alle hier versammelten Staaten verbindlich. Alle Staaten haben sie zu achten.

Wir sind zutiefst besorgt über die Verluste an Menschenleben in der Ukraine und die drohende humanitäre Krise, die sich vor unseren Augen abzeichnet. Wir fordern Russland auf, seine Entscheidungen unverzüglich rückgängig zu machen, alle militärischen Aktionen einzustellen, abzuziehen und die völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, die es eingegangen ist.

Danke.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION IRLANDS

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich danke Ihnen für die Einberufung dieses wichtigen Treffens, für das Sie unsere volle Unterstützung haben, so wie Sie auch unsere volle Unterstützung für alle Ihre Bemühungen in dieser Krise haben.

Irland schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an und möchte in nationaler Eigenschaft folgende Bemerkungen hinzufügen:

Irland verurteilt den ungerechtfertigten und unprovokierten Angriff Russlands auf die Ukraine. Wir stehen an der Seite des ukrainischen Volkes und fordern Russland auf, seine militärischen Operationen unverzüglich einzustellen. Wir haben stets zur Zurückhaltung und zum Einsatz von Diplomatie aufgerufen; dass Russland einem militärischen Eroberungsversuch den Vorzug gegeben hat, ist abscheulich. Irland wird sich weiterhin für den Schutz der regelbasierten internationalen Ordnung einsetzen und Russland für sein Handeln zur Rechenschaft ziehen.

Wir sind Zeugen eines eklatanten Verstoßes gegen die Grundsätze des Völkerrechts und der humanitären Normen. Als Teilnehmerstaaten und souveräne Länder haben wir uns wiederholt zur gegenseitigen Achtung unserer territorialen Integrität bekannt. Wir haben uns dem Ziel verschrieben, auf die Lösung von Konflikten hinzuarbeiten und auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt zu verzichten. Wir haben uns verpflichtet, dafür zu sorgen, dass solche Gewaltakte im Namen eines Staates in Europa nie wieder vorkommen. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Staat einem anderen einseitig seinen Willen aufzwingt.

Wir unterstützen die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) weiterhin mit Nachdruck und würdigen die Arbeit, die die SMM seit Anbeginn geleistet hat. Wir betonen, dass die Sicherheit und der Schutz der Beobachterinnen und Beobachter zu gewährleisten sind. Wir werden wieder miterleben müssen, dass die Zivilbevölkerung am stärksten betroffen ist. Allen Hilfesuchenden ist sicheres Geleit zu gewährleisten und Zugang zu humanitärer Hilfe zu ermöglichen.

Es ist empörend, dass Russland der unvermeidliche Verlust von Menschenleben und das Leid, das es mit seinen Taten verursacht, sowie die Rechte und Freiheiten, die der Menschenwürde zugrunde liegen, völlig gleichgültig sind. Jetzt müssen wir, die wir für die Freiheit eintreten, mehr denn je zusammenstehen. Abschließend möchte ich bekräftigen, dass Irland die Souveränität, die territoriale Integrität und das Recht der Ukraine, den Weg ihrer Außen- und Sicherheitspolitik selbst zu wählen, unbeirrbar unterstützt.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich wäre Ihnen verbunden, wenn sie diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen lassen könnten.

1358. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1358, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

am 24. Februar 2022 hat der Präsident der Russischen Föderation im Rahmen seiner Befugnisse und mit Zustimmung der Föderationsversammlung der Russischen Föderation den Beschluss gefasst, die Streitkräfte der Russischen Föderation im Rahmen einer militärischen Spezialoperation zur Verteidigung der Volksrepubliken Donezk (DVR) und Luhansk (LPR) einzusetzen. Entgegen der Darstellung vieler Teilnehmer an den heutigen Erörterungen handelt es sich natürlich nicht um einen Krieg. Es werden keine Raketen-, Luft- oder Artillerieangriffe auf die Städte der Ukraine oder auf die Zivilbevölkerung durchgeführt. In einer Spezialoperation werden mit Hilfe von Präzisionswaffen militärische Infrastruktureinrichtungen außer Gefecht gesetzt, die zuvor für die Militarisierung der Ukraine genutzt wurden und die auf die eine oder andere Weise vom Regime im Kyjiw zur Unterstützung der grausamen Strafaktionen gegen die Zivilbevölkerung im Südosten der Ukraine eingesetzt wurden. Die Stellungen von Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte, die ihre Waffen niedergelegt haben, werden nicht angegriffen.

Die größte Bedrohung für die Zivilbevölkerung geht derzeit nicht von den Streitkräften Russlands, der DVR oder der LPR aus, sondern von den Aktionen des ukrainischen Militärs und der paramilitärischen nationalistischen Formationen, die nicht der Autorität der Führung in Kyjiw unterstehen und die zu jeder Provokation fähig sind.

Diesen Ereignissen ging eine drastische Verschärfung der Lage auf dem Gebiet der Volksrepubliken Donezk und Luhansk seit dem 17. Februar voraus. Die dort stationierten Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte gingen erneut entlang der gesamten Kontaktlinie in die Offensive und lieferten sich intensive Kämpfe mit den Streitkräften der beiden Republiken. Die ukrainischen Streitkräfte setzten ihren Beschuss mit großkalibriger Artillerie fort und überquerten auch den Fluss Siwerskyj Donez, in dem Versuch, sich in neuen Stellungen festzusetzen. So haben die ukrainischen Behörden demonstrativ jede Möglichkeit eines politischen und diplomatischen Dialogs mit der DVR und der LPR verworfen, indem sie erneut eine gewaltsame Lösung für das sogenannte „Donbass-Problem“ anstrebten.

In den letzten Tagen hat Russland Zehntausende von Flüchtlingen aufgenommen, vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen, die von dem Beschuss betroffen sind.

All dies zwang die Behörden der Volksrepubliken Donezk und Lugansk dazu, die Führung der Russischen Föderation um Unterstützung bei der Beendigung der von der ukrainischen Regierung auf dem Gebiet der Republiken ausgeübten bewaffneten Gewalt zu bitten, wozu sie als souveräne Staaten berechtigt waren. Die Entscheidung des Präsidenten der Russischen Föderation fiel im Einklang mit Kapitel VII Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, mit der Billigung durch den russischen Föderationsrat und in Umsetzung der mit den beiden Volksrepubliken geschlossenen Freundschafts- und Beistandsverträge, die am 22. Februar von der Föderationsversammlung ratifiziert worden waren.

Der Hauptzweck der militärischen Spezialoperation besteht darin, die Zivilbevölkerung vor einem Völkermord und den Übergriffen zu schützen, denen sie seit acht Jahren durch das Regime in Kyjiw ausgesetzt ist. Die unverantwortlichen Vertreterinnen und Vertreter dieses Regimes haben einen inneren Konflikt mit der eigenen Bevölkerung angezettelt, da sie nicht die Kraft und den Willen aufbrachten, den Konflikt mit friedlichen politischen Mitteln zu beenden. Wir müssen mit Bedauern feststellen, dass auch die OSZE trotz ihrer zahlreichen Ressourcen der Aufgabe nicht gewachsen war, eine innerukrainische Konfliktbeilegung zu erleichtern.

Im Übrigen wurde kein einziger Konflikt im Verantwortungsbereich unserer Organisation von der OSZE mit ihren eigenen Mitteln beigelegt. Die Krise in der Ukraine ist eine drastische Bestätigung für diesen unbefriedigenden Zustand. Da gibt es nichts, worauf Sie stolz sein könnten, meine Damen und Herren.

Wir akzeptieren die Argumente in der gemeinsamen Erklärung des Amtierenden OSZE-Vorsitzenden Zbigniew Rau, und der OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid nicht, in der das Vorgehen Russlands verurteilt wird, das angeblich das Leben von Millionen von Menschen in Gefahr bringe. Das ist eine falsche und unangemessene Reaktion. Wir betonen, dass es die Führung der OSZE in all den Jahren, in denen die ukrainische Regierung im Donbass militärische Operationen durchgeführt hat, nicht über sich gebracht hat, das Vorgehen des Regimes in Kyjiw zu verurteilen, das tatsächlich Millionen von Einwohnerinnen und Einwohnern des Donbass in eine Situation bringt, in der es um Leben und Tod geht.

Die derzeitige OSZE-Führung hat weder das moralische noch irgendein anderes Recht, das Vorgehen Russlands zu verurteilen, geschweige denn, es mit irgendwelchen Etikettierungen zu versehen.

Wir müssen noch einmal betonen, dass die derzeitige Krise eine Folge der Handlungen des Regimes in Kyjiw ist, das statt des versprochenen Friedens auf Krieg und hemmungslose Militarisierung gesetzt hat. Dabei wurde und wird es von seinen ausländischen Drahtziehern und politischen Unterstützern, die ihm einen Freibrief für radikalen Nationalismus, Russophobie und die gewaltsame Unterdrückung abweichender Meinungen im eigenen Land ausgestellt haben, mit unvermindertem Eifer unterstützt.

Einmal mehr stellen wir uns eine Frage, die seit vielen Jahren unbeantwortet geblieben ist: Wo waren all die derzeitigen Verfechterinnen und Verfechter der „gemeinsamen Werte, Prinzipien und Normen der OSZE“, als eine Koalition der NATO-Mitgliedstaaten 1999 auf abscheuliche Weise das ehemalige Jugoslawien

bombardierte? Wo war die Reaktion der OSZE und der internationalen Gemeinschaft auf diesen Feldzug, die größte militärische Operation in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg? Ich möchte Sie daran erinnern, dass die NATO-Staaten unter dem Deckmantel humanitärer Erwägungen den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen umgangen haben. Wir können ganz unverblümt feststellen, dass diese Situation auch durch die Aktivitäten der Kosovo-Verifizierungsmission der OSZE herbeigeführt wurde, deren Leiter, William Walker aus den Vereinigten Staaten von Amerika, alles dazu tat, dass es zu diesen tragischen Ereignissen kam.

In den letzten Jahren hat sich die Umwandlung der Ukraine in einen vorgeschobenen „Brückenkopf“ des Nordatlantischen Bündnisses beschleunigt, während die Russische Föderation in den Doktrinendokumenten gleichzeitig als Gegner bezeichnet wird. Die militärische Vereinnahmung des Hoheitsgebiets unseres nächsten Nachbarn durch die NATO, ihre Politik, die auf die Militarisierung dieses Hoheitsgebiets und die Trennung der vielfältigen historischen Bande zwischen dem Volk der Ukraine und dem unseres Landes abzielt, kann kaum als Beitrag der NATO zur Stärkung der gesamteuropäischen Sicherheit bezeichnet werden. Die Ukraine wurde im Wesentlichen in Geiselhaft genommen, um als Bollwerk gegen Russland eingesetzt zu werden.

Seit Jahren terrorisieren neonazistische paramilitärische Formationen, die zur wichtigsten Stütze des derzeitigen Regimes in Kyjiw geworden sind, die Bevölkerung ihres Landes. In der Ukraine nach dem Maidan wurde niemand aus ihren Reihen zur Rechenschaft gezogen – im Gegenteil, viele von ihnen haben verantwortungsvolle Positionen im Staat erhalten. Wir werden heute gesondert Material zu den Fakten betreffend Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierung, Kriegsverbrechen und Ethnozid im Donbass verteilen.

Als Antwort auf die Drohungen, die im Laufe der heutigen Aussprache geäußert wurden, wiederholen wir, was Präsident Wladimir Putin heute in seiner Ansprache gesagt hat, nämlich, dass wir auf alle Eventualitäten vorbereitet sind. Wir hoffen, dass wir uns dieses Mal wirklich Gehör verschaffen können. Darüber hinaus werden wir die Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine verfolgen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen erweiterten Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.